NATO Brief

Abschied von Generalsekretär Javier Solana

Förderung von Frieden und Sicherheit im Kosovo und auf dem Balkan

NR. 3
HERBST 1999
ERSCHEINUNGSWEISE VIERTELJÄHRLICH

Y 9001 F

INHALT

Nr. 3 Herbst 1999 - Jahrgang 47

Javier Solana
3 Brief des Generalsekretärs

Lamberto Dini
4 Die Verantwortung für die Sicherheit des Balkans

Admiral Guido Venturoni
8 Die Washingtoner Gipfelinitiativen und die Instrumente der NATO für die Aufgaben des nächsten Jahrhunderts

Bernard Kouchner
12 Der schwierige Wiederaufbau des Kosovo

Generalleutnant Sir Mike Jackson
16 Die KFOR: Sicherheit für eine bessere Zukunft des Kosovo

Matthias Rüb
20 Der Wiederaufbau des Kosovo: Auf dem richtigen Weg – aber wohin?

Ove Bring
24 Sollte die NATO bei der Entwicklung einer Doktrin der humanitären Intervention die Führung übernehmen?

Generalleutnant Dr. Hartmut Olboeter
28 Eine neue Akademie für eine neue NATO

Burak Akçapar
32 PfP-Ausbildungszentren: Verbesserung des Ausbildungs- und Unterrichtsangebots im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden

Sebestyén L.v. Gorka
33 Die NATO nach der Erweiterung: Steht das Bündnis besser da?

Titelfoto: *Der scheidende NATO-Generalsekretär Javier Solana winkt während eines eintägigen Besuches im Kosovo im September Bewohnern von Prizren zu, die sich zu seiner Begrüßung versammelt haben. (Foto: AP)*

Die NATO im Blickpunkt

22 *Neuer Beigeordneter NATO-Generalsekretär, Abteilung für Verteidigungsplanung und Operationen*

25 *Neuer Beigeordneter NATO-Generalsekretär, Abteilung für Verteidigungsunterstützung*

Mitteilung des Chefredakteurs

Nach siebenjähriger Tätigkeit für den NATO BRIEF, die letzten drei als Chefredakteur, habe ich Ende September wieder eine Aufgabe im privaten Sektor übernommen. Ich möchte allen Lesern dieser Zeitschrift für ihre Unterstützung danken und wünsche meinem Nachfolger viel Erfolg bei der künftigen Arbeit.

Keir Bonine

Chefredakteur: Keir Bonine
Redaktion: Vicki Nielsen
Produktion: Felicity Breeze

NATO Office of Information and Press
B-1110 Brüssel
Fax: 00 32 27 07 45 79
E-Mail: NATODOC@HQ.NATO.INT

NATO Review und andere NATO-Veröffentlichungen sind auch verfügbar über World Wide Web HTTP://WWW.NATO.INT/

Gesamtherstellung:
SZ Offsetdruck-Verlag
Herbert W. Schallowetz GmbH,
53757 Sankt Augustin

Die Beilage „Atlantischer Kurier“ wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V., Am Burgweiher 12, 53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben.

Der NATO BRIEF wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung atlantischer Probleme herausgegeben. Die im NATO BRIEF veröffentlichten Beiträge stellen nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.

NATO-VERÖFFENTLICHUNGEN

Der NATO BRIEF erscheint vierteljährlich auch in: Dänisch - NATO Nyt; Französisch - Revue de l'OTAN; Englisch - NATO Review; Italienisch - Notizie NATO; Niederländisch - NAVO Kroniek; Spanisch - Revista de la OTAN; Tschechisch; Griechisch - Deltio NATO; Norwegisch - NATO Nytt; Polnisch - Przeglad NATO; Portugiesisch - Noticias de OTAN; Türkisch - NATO Dergisi; Ungarisch - NATO Tükör. In isländischer Sprache (NATO Fréttir) erscheint jedes Jahr eine Ausgabe. Von Fall zu Fall werden auch Ausgaben in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht.

Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem Handbücher, Broschüren und Faltblätter zu verschiedenen Themen heraus, darunter:

- Dokumentation über das Bündnis
- wirtschaftliche und wissenschaftliche Publikationen

Die Publikationen sind vorrätig in den offiziellen NATO-Sprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung, wie z. B. „Tatsachen und Dokumente“ und „NATO Handbuch“.

Der NATO BRIEF wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung,
Welckerstraße 11, 53113 Bonn

an Interessenten abgegeben. Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und – bei gezeichneten Artikeln – der Namensnennung des Verfassers.

ISSN 0255-3813

Herausgeber: Peter Daniel – Layout: NATO Graphics Studio

Ein Bündnis gewappnet für das 21. Jahrhundert

Javier Solana verabschiedet sich nach einem eintägigen Besuch im Kosovo (6. September 1999) von den Einwohnern Prizrens. (Foto: Belga)

Dies wird mein letzter Brief an die Leser des NATO BRIEFs sein. Nach vier Jahren als NATO-Generalsekretär werde ich das Amt des Generalsekretärs des Rates und des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union übernehmen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Aufbaus einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO betrachte ich meine neue Aufgabe als eine logische Fortsetzung meines bisherigen Amts. Indem ich auf ein kohärenteres Vorgehen der Europäer in Sicherheitsfragen hinarbeiten werde, setze ich mich auf vielerlei Art und Weise zugleich für ausgeglichenere transatlantische Beziehungen ein.

Diese transatlantischen Beziehungen werden nach wie vor den Dreh- und Angelpunkt der NATO und der euro-atlantischen Sicherheit bilden. In den vier Jahren meiner Amtszeit als Generalsekretär dieses Bündnisses hat unsere transatlantische Staatengemeinschaft höchstens noch an Dynamik zugenommen. Dadurch konnte die NATO die nach dem Kalten Krieg eingeleiteten Anpassungsmaßnahmen beschleunigen. In diesen vier Jahren haben wir das Antlitz der NATO und Europas verändert:

- *Wir haben drei neue Mitglieder zum Beitritt eingeladen und zugleich die Tür für weitere Beitritte offen gehalten.*
- *Wir haben bilaterale Beziehungen zu Russland und zur Ukraine hergestellt, um diese wichtigen Staaten in die sich herausbildende neue Sicherheitsarchitektur einzubeziehen.*
- *Wir haben den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) gegründet, durch den sich unsere Partnerstaaten in vollem Umfang an der Entwicklung unserer künftigen Sicherheit beteiligen und die politischen Konsultationen mit ihnen intensiviert werden können.*
- *Wir haben die Partnerschaft für den Frieden stetig ausgebaut, um sie noch operativer zu gestalten.*
- *Wir haben eine neue Kommandostruktur eingeführt, an der Spanien in vollem Umfang teilnimmt und die darauf abzielt, unsere Fähigkeit zur Krisenbewältigung zu verbessern, die Rolle der europäischen Bündnispartner zu stärken und so die Voraussetzungen für ausgeglichenere transatlantische Beziehungen zu schaffen.*
- *Wir haben ein neues Strategisches Konzept verabschiedet, durch das ein neues Gleichgewicht zwischen der traditionellen NATO-Aufgabe der kollektiven Verteidigung und den neuen Bündnisaufgaben auf dem Gebiet der Krisenbewältigung geschaffen wird.*
- *Schließlich haben wir uns, was vielleicht am wichtigsten ist, der Herausforderung gestellt, auf dem Balkan dauerhaften Frieden und Stabilität herbeizuführen – zunächst in Bosnien und nun im Kosovo.*

Nach den ersten fünfzig Jahren in der Geschichte der NATO können wir heute voller Stolz feststellen, dass die NATO gut auf das 21. Jahrhundert vorbereitet ist.

Es ist unmöglich, alle die zahlreichen faszinierenden Entwicklungen zusammenzufassen, an denen ich teilhaben durfte, aber vielleicht lassen sich die wichtigsten Lehren folgendermaßen formulieren:

1. *Die Sicherheit des 21. Jahrhunderts ist das, was wir aus ihr machen. Die Zukunft lässt sich gestalten, wenn wir eine gemeinsame Vision sowie die Mittel und die Solidarität zu ihrer Verwirklichung haben..*
2. *Die Sicherheitspolitik muß sich wie jede andere Politik auf Werte stützen. Eine Politik, die keine humanitären Grundsätze erkennen lässt und die Rechte des Einzelnen nicht schützt, verfehlt ihr Ziel. Im Kosovo, wo unsere Werte in Gefahr waren, entschlossen wir uns zum Eingreifen - und hatten Erfolg.*
3. *Ein atlantischer Sicherheitsansatz bietet uns unverändert die beste Chance, unsere Zukunft aktiv zu gestalten. Die Kosovo-Krise hat dies mit größter Deutlichkeit gezeigt. Gemeinsam können Europa und Nordamerika jede Aufgabe bewältigen.*

Abschließend sei mir noch eine letzte Bemerkung gestattet: Die Dynamik der NATO gründet sich nicht auf abstrakte politische Prozesse oder militärische Strukturen. Sie lässt sich auf ihre Mitarbeiter zurückführen. Daher richtet sich mein Dank an alle Beschäftigten in der NATO-Zentrale, bei SHAPE und SACLANT und an alle Mitarbeiter in den NATO-Staaten und in den Partnerstaaten. Ganz besonders möchte ich aber den von der NATO entsandten Frauen und Männern in Bosnien und im Kosovo danken. Sie arbeiten an einer besseren Zukunft für uns und für die kommenden Generationen.

Javier Solana

Die Verantwortung für die Sicherheit des Balkans

Lamberto Dini
Außenminister Italiens

Die Kosovo-Krise schärfte das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und bewies zugleich den Primat der Menschenrechte in der Weltpolitik. Laut Lamberto Dini hat das Zusammentreffen dieser beiden Faktoren weitreichende Folgen für die NATO und das System der internationalen Organisationen insgesamt. Diese Organisationen und an ihrer Spitze die Vereinten Nationen müssen effektiver werden und mehr Staaten in ihre Arbeit einbinden, wenn wir weitere Kosovos verhindern wollen.

Der italienische Außenminister Lamberto Dini (rechts) und der Leiter seines Büros, Silvio Fagiolo, am 23. Juni auf dem Flughafen von Skopje vor dem Start des Hubschraubers, der sie zum britischen, deutschen und französischen Außenminister fliegt, mit denen sie zu einem gemeinsamen Treffen mit dem damaligen KFOR-Befehlshaber, Generalleutnant Mike Jackson, zusammenkamen.

(Foto: Belga)

Ich begrüße die Einladung des NATO BRIEFs zu einer Stellungnahme zu den Aussichten für die Sicherheit und die Stabilität des Balkans, wie sie sich nach dem Ende des Kosovo-Konflikts darstellen. Obwohl der Konflikt erst vor kurzem beendet werden konnte, ist es nun an der Zeit, eine – wenn auch nur vorläufige – Bilanz zu ziehen.

Der Krieg, der im Hinterhof Italiens gerade ein Ende genommen hat, wirft auch Fragen bezüglich unserer eigenen Zukunft auf. Die Ereignisse auf dem Balkan zeigen uns, dass wir in einer notwendigerweise von Gewalt, Unvollkommenheit und widerstreitenden Interessen geprägten Welt unsere Fähigkeit zur Verhütung von Krisen verbessern müssen. Dies ist keine leichte Aufgabe, aber eine, an der sicherlich kein Weg vorbeiführen wird.

Sicherheit und Verteidigung sind für Europa erneut zu lebenswichtigen Prioritäten geworden. Die Annahme, durch das Ende des Kalten Krieges und die abnehmende Bedeutung der nuklearen Abschreckung sei es nicht mehr nötig, unsere militärische Wachsamkeit und Stärke aufrechtzuerhalten, hat sich als Wunschdenken erwiesen. Der Krieg im Kosovo scheint die dringende Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Verteidigungsdispositivs, die im Vertrag von Amsterdam nur indirekt zum Ausdruck kam, sehr viel deutlicher hervorgehoben zu haben.

Der Balkan ist Teil der noch nicht abgeschlossenen Geschichte der drei großen Verwerfungen unseres Jahrhunderts, nämlich der beiden Weltkriege und des Zusammenbruchs des Kommunismus. Alte und neue nationalistische Strömungen suchen Schutz vor dem zunehmenden Druck, der von einer neuen, sich stetig ändernden, aber vor allem fremden Welt ausgeht, und sie werden zugleich von der bisher beispiellosen Freiheit geschürt, die wir heute genießen. Auf dem Balkan empfinden die Menschen jahrhundertealte Vorfälle mit der gleichen Intensität, als hätten sie sich gestern erst ereignet. Sie leben in ihrer Geschichte, sogar in ihrer frühen Geschichte, als sei es eine nahe Vergangenheit, die in einem engen Zusammenhang mit der Gegenwart steht.

Nachdem die Balkanstaaten so viele Jahrhunderte unter dem Einfluß der Großmächte der europäischen Geschichte – des Osmanischen Reiches, der Habsburger und der Sowjetunion – gelebt haben, brauchen sie sozusagen eine höhere Autorität, die sie zu einem friedlichen Zusammenleben zwingt und ihrer Gesellschaft eine zivilisierte Art des Fortschritts ermöglicht. Sie bitten die NATO nicht so sehr um Schutz vor einem äußeren Feind, sondern eher um Schutz vor sich selbst, vor ihren eigenen Versuchungen und ihren eigenen Wahnvorstellungen. Sie bitten die Europäische Union, sie in das gelobte Land einer gesunden Volkswirtschaft und einer soliden Demokratie zu führen.

Lehren aus dem Kosovo-Konflikt

Hinsichtlich Substanz, Relevanz und Komplementarität lassen sich aus den ganz neuen Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Krieg im Kosovo zahlreiche Lehren für die atlantische Sicherheit und die europäische Verteidigung ziehen. Die psychologische Bedeutung des Konflikts – des ersten, an dem das Atlantische Bündnis in seiner 50-jährigen Geschichte beteiligt war – ergibt sich aus der Geographie, den Umständen, die den Casus belli begründeten, und der Art und Weise, in der er beendet wurde. Nur der Koreakrieg hatte auf die euro-atlantische Sicherheit vergleichbare Auswirkungen. Nach diesem Krieg wurde die integrierte Struktur der NATO geschaffen, man versuchte – wenn auch ohne Erfolg –, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen, die Bundesrepublik Deutschland trat dem Bündnis bei, und es

wurde eine neue Doktrin („massive Vergeltung“) für den Einsatz von Atomwaffen formuliert.

Nachdem wir den Fall der Berliner Mauer (1989) bewältigt und den ersten größeren Einsatz von Bündnisstreitkräften hinter uns gebracht haben, stehen wir heute vor einem ebenso entscheidenden Wendepunkt. Der neue Kurs wurde im April 1999 auf dem Washingtoner Gipfel und im Juni darauf auf der EU-Ratstagung bereits teilweise abgesteckt. Der Krieg im Kosovo fiel mit der Arbeit an der endgültigen Fassung des neuen Strategischen Konzeptes zusammen, mit dessen Hilfe die NATO ihre Aufgaben, Ziele, geographischen Grenzen, Modalitäten für den Umgang mit anderen Institutionen wie auch ihre Entscheidungsbefugnisse und das bündnisinterne Gleichgewicht neu bestimmen konnte.

Der Primat der Menschenrechte

Im Hinblick auf den Wiederaufbau der Region insgesamt möchte ich die Lehren aus der Kosovo-Krise mit folgenden Stichworten zusammenfassen: Primat der Menschenrechte in der internationalen Politik, Notwendigkeit einer aktualisierten Bündnisstrategie, Nachweis der weiter gehenden Ambitionen Europas und Herbeiführung einer neuen Stabilität durch die führenden internationalen Organisationen.

Nach dem Ende des Kosovo-Krieges wird nun immer deutlicher erkennbar, dass der einzelne Mensch im Mittelpunkt der Prinzipien der Vereinten Nationen steht und der Schutz des Einzelnen heutzutage einem Staat seine wahre Daseinsberechtigung verleiht. Wir müssen unsere präventiven Fähigkeiten zweifellos erheblich verbessern, und wir müssen die Durchsetzungsinstrumentarien verfeinern.

Erst vor einigen Wochen ratifizierte das italienische Parlament das Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs der Vereinten Nationen. Es wird zu unseren höchsten Prioritäten zählen, andere Staaten zu dem gleichen Schritt zu drängen, so dass wir bald die für die förmliche Errichtung des Gerichtshofs erforderliche Zahl von 60 Ratifikationen erreicht haben.

Die Menschenrechte haben also Vorrang, aber immer sollte uns deutlich das Ausmaß der Verletzungen dieser Rechte und die Notwendigkeit vor Augen stehen, die Schuldigen vor Gericht zu stellen, was manchmal ein recht langwieriger Prozess sein wird.

Die Verantwortung Europas

Wie sich am 30. Juli 1999 in Sarajewo auf der Konferenz zum Stabilitätspakt erneut gezeigt hat, übernimmt Europa die Hauptverantwortung für die Nachkriegslage im Kosovo und auf dem Balkan insgesamt. Natürlich hätte man den Krieg ohne die Vereinigten Staaten nicht gewinnen können, aber der Frieden ist in erster Linie eine Aufgabe der Europäer. Dies

Der französische Außenminister Lionel Jospin sowie Präsident Jacques Delors und der spanische Ministerpräsident José Maria Aznar (vorn, v.l.n.r.) am 3. Juni 1999, als sie auf dem Kölner EU-Gipfel zum Fototermin eilen.

(Foto: Reuters)

Der britische Premierminister Tony Blair am 20. Juli 1999 mit seinem italienischen Amtskollegen Massimo D'Alema während einer Pressekonferenz im Anschluss an den britisch-italienischen Gipfel zu Fragen der europäischen Verteidigungspolitik.

(Foto: Belga)

wird vielleicht die erste echte Bewährungsprobe für eine gemeinsame Außenpolitik, ohne die die EU niemals aus den Kinderschuhen herauswachsen wird.

Die Kosovo-Krise hat gezeigt, dass mit Blick auf die Zukunft der euro-atlantischen Sicherheit durch die Konzeption einer glaubwürdigen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine Verlagerung des Gleichgewichts zugunsten Europas erreicht werden und die EU eine eigene politische Stimme erhalten muss, die erforderlichenfalls durch Gewalt abzustützen ist. Die auf dem Kölner EU-Gipfel verabschiedeten Erklärungen müssen daher in die Praxis umgesetzt werden. Italien und das Vereinigte Königreich haben vor kurzem auf ihrem bilateralen Gipfel in London ein gemeinsames Papier unterzeichnet, dem zufolge sie vereinbarten, mindestens zweimal jährlich eine gemeinsame Tagung der Außen- und Verteidigungsminister einzuberufen. Richtet man den Blick noch weiter in die Zukunft, so werden die Europäer auch eine weitaus bessere Koordinierung ihrer Forschung, ihrer Streitkräftestrukturen und ihrer Auslandseinsätze sicherstellen müssen.

Wird die EU in der Lage sein, zumindest de facto der politische und wirtschaftliche Hüter des Balkans zu werden? Wird sie dazu beitragen können, freie Wahlen, den Neuaufbau der zivilen Institutionen und die Finanzierung des Wiederaufbaus zu gewährleisten?

Die ersten positiven und konkreten Antworten auf diese Fragen sind erkennbar geworden, zunächst Ende Juli in Sarajewo und dann im Oktober auf dem Gipfel zum Wiederaufbau des Balkans in Bari.

Die neuen Aufgaben des Bündnisses

Die Kosovo-Krise war der erste Konflikt, in den das Bündnis militärisch eingegriffen hat, um groben Menschenrechtsverletzungen sowie einer Politik der Unterdrückung und Vertreibung ein Ende zu setzen, die weltweit Abscheu und Entrüstung hervorgerufen und eine starke moralische Solidarität mit den Opfern erzeugt hatte. Und genau darin liegt die Crux der neuen Aufgaben, die Teil des umfassenderen Konzepts der „Stärkung von Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Raum" bilden, das wiederum von entscheidender Bedeutung ist, weil es den künftigen Aktionsradius des Bündnisses definiert. Diese neuen Aufgaben ergeben sich logisch aus der Aktualisierung der Aufgabe der kollektiven Verteidigung, die von der NATO während ihrer 50-jährigen Geschichte stetig weiterentwickelt worden ist. Es sind Aufgaben, die sich zu einem dynamischen, modernen Verteidigungsdispositiv zusammenfügen lassen, mit dem man Gefahren, die im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges nicht mehr statisch und leicht erkennbar sind, besser entgegentreten kann.

Diese neuen Aufgaben müssen in einem eindeutig begrenzten strategischen Rahmen wahrgenommen werden; sie müssen neuen Arten von Gefahren (Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regional und sogar örtlich begrenzte Konflikte) Rechnung tragen und sich in einen genau bestimmten rechtlichen Zusammenhang einfügen, der sich aus der Charta der Vereinten Nationen oder aus dem Völkerrecht ableiten lässt. In dieser Übergangszeit nach dem Ende des Kalten Kriegs werden die genannten neuen Aufgaben, insbesondere die Anwendung von Gewalt zum Schutz der Menschenrechte, unweigerlich den gesellschaftspolitischen Konsens innerhalb des Bündnisses stärken. Dies wird den besonderen Charakter der NATO als einer Staatengemeinschaft bestätigen, die sich auf Werte gründet – auf Werte, deren Übernahme sie anderen Staaten zur Pflicht machen kann.

Das wohlhabende Europa übernimmt Verantwortung für einen Teil des Kontinents, der sonst ins Chaos abgleiten würde, um den Menschen dort zu zeigen, dass es für sie eine Zukunft nach dem Krieg gibt, und um ihnen den Weg zu zeigen, der auch die südslawischen Völker nach Europa führen wird – wenn auch nicht sofort. Manch einer mag erstaunt sein, dass die Regierungen Europas trotz der langsamen Fortschritte Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns so kühne Versprechungen gegenüber so rückständigen Staaten machen, aber der Krieg hat zu einer Beschleunigung des Zeitplans für die europäische Einigung geführt, und er hat auch gezeigt, wie schwach ein Gebäude sein kann, wenn es nur wirtschaftliche und währungspolitische Fundamente hat.

Internationale Organisationen

Die Tragödie im Kosovo hat das System der internationalen Organisationen wieder mit neuem Leben erfüllt. Auf dem Höhepunkt des Krieges wurde bereits über die Zukunft des Balkans diskutiert, und nach dem Ende des Konflikts nahm diese Diskussion in Form des Stabilitätspakts konkrete Gestalt an und veranlasste die Vereinten Nationen, Verantwortung für die Aussöhnung und den Wiederaufbau zu übernehmen. Auf ähnliche Weise wurde jedoch auch die Weltwirtschaftsordnung, die inzwischen seit mehr als einem halben Jahrhundert unseren Wohlstand gewährleistet, schon 1944 in Bretton Woods initiiert, also lange vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Es ist ein Beweis für die Weitsicht der Alliierten, dass sie bereits die Grundlagen für einen dauer-

haften Frieden schufen, noch bevor sie sich ihres Sieges sicher sein konnten.

Vom Scheitern der Verhandlungen in Rambouillet bis hin zur ihrer Wiederaufnahme durch die G 8[1] war das Atlantische Bündnis die einzige internationale Organisation, die in die Kosovo-Krise eingriff. Dank der G 8 und ihrer Initiative wurde die Kombination von Gewaltanwendung und Diplomatie möglich, welche die Chancen für eine politische Lösung und langfristig für eine Rückkehr Jugoslawiens in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten wieder steigen ließ.

Der Rückgriff auf die G 8 bestätigte, dass es ein schwerwiegender Fehler gewesen wäre, Russland nicht in die Festlegung der künftigen Gestalt Europas einzubeziehen. Russen wie Serben sind Europäer, aber die Reiche, die am Anfang ihrer Geschichte standen, waren nur teilweise europäisch. Die Russen und die Serben sind die beiden glücklosen Völker des postkommunistischen Europas, denn der Zusammenbruch ihrer politischen Systeme, die sie auch anderen aufgezwungen hatten, führte bei ihnen zu einem Trauma und verletzte ihren Stolz.

Jedoch gerade weil in Moskau kein totalitäres Regime mehr herrscht, wäre es falsch gewesen, Russland ins europäische Abseits zu drängen und seine Sicherheitsinteressen wie auch seinen Wunsch zu missachten, sich an allen Europa betreffenden Beschlüssen zu beteiligen. Der Anstoß zu den Verhandlungen kam zwar von der G 8, aber sie wurden im Rahmen der Vereinten Nationen zum Abschluss geführt. So haben denn auch die Vereinten Nationen den darauffolgenden Frieden dank ihrer höheren Autorität besiegeln können.

Größere Effektivität und Einbeziehung einer größeren Zahl von Staaten

Für die Zukunft sind meiner Ansicht nach folgende zwei Überlegungen von Bedeutung. Zunächst einmal spielt die G 8 als Instrument der internationalen Krisenverhütung und -bewältigung eine immer wichtigere Rolle. Dies haben wir im Kosovo gesehen, aber es hat sich auch davor schon im Konflikt zwischen Indien und Pakistan gezeigt, und dies kann sich in Zukunft durchaus auch bei anderen ungelösten Konflikten so ergeben.

Zweitens ist es richtig, dass das Bündnis in Krisensituationen eingreift, und es muss auch sofort und ungeachtet unberechtigter Vetostimmen im VN-Sicherheitsrat aktiv werden können. Langfristig muss sich jedoch unweigerlich jeder dauerhafte Frieden auf das Fundament der weltweit anerkannten Grundsätze der Vereinten Nationen stützen können. Somit war es sehr aufschlussreich, dass die G 8 während der Kosovo-Krise ihre Aktivitäten genau auf die Arbeit des Sicherheitsrats abstimmen konnte.

Damit kommen wir zur letzten Lehre aus dem Kosovo-Krieg: die Notwendigkeit, die Reform der Vereinten Nationen voranzutreiben, um ihre Effektivität zu steigern und sie zur Einbeziehung von immer mehr Staaten zu befähigen, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Institution, die in erster Linie für den Weltfrieden und die internationale Stabilität verantwortlich ist, nämlich den Sicherheitsrat. ■

„Dank der G 8 wurde die Kombination von Gewaltanwendung und Diplomatie möglich." Der russische Präsident Boris Jelzin (links vorne) am 20. Juni 1999 mit seinen Amtskollegen der G 8 auf dem Kölner Gipfel, wo sie sowohl die Serben als auch die Kosovo-Albaner zur Einhaltung des Waffenstillstands aufforderten.

(Foto: Reuters)

(1) Die Gruppe der sieben großen Industriestaaten plus Russland.

Die Washingtoner Gipfelinitiativen und die Instrumente der NATO für die Aufgaben des nächsten Jahrhunderts

Admiral Guido Venturoni
Vorsitzender des Militärausschusses

Die im April auf dem Washingtoner Gipfeltreffen eingeleiteten Initiativen, die nun in die Praxis umgesetzt werden, geben dem Bündnis die für die Durchführung seiner neuen Aufgaben erforderlichen Instrumente an die Hand. Die Staats- und Regierungschefs der Bündnisstaaten bekräftigten zwar die kollektive Verteidigung als die vorrangige Aufgabe der NATO, aber sie bestätigten auch die neuen NATO-Aufgaben im Bereich der Krisenbewältigung und der Stabilität durch Partnerschaft sowie eine Initiative zur Steigerung der Effizienz multinationaler Operationen. Das Kosovo profitiert als erstes Gebiet von diesen Bemühungen, die den Schlüssel zur Lösung der künftigen Sicherheitsprobleme Europas bieten.

Admiral Guido Venturoni am 30. Juni 1999 in der NATO-Zentrale, wo er die Presse über den letzten Stand der KFOR-Mission unterrichtet.

(Foto: Reuters)

"Give us the tools, and we will finish the job." („Gebt uns die Mittel, dann werden wir die Sache erledigen.") Diese berühmten Worte Winston Churchills mögen vor mehr als 60 Jahren zu Beginn des Zweiten Weltkriegs unter völlig anderen Umständen gesprochen worden sein, aber sie beschreiben genau die Stimmung unter den Bündnisstaaten, die im April 1999 auf dem Washingtoner Gipfeltreffen zusammenkamen, um das neue Strategische Konzept des Bündnisses zu verabschieden. Die Kosovo-Krise war zwar keineswegs ein idealer Hintergrund für das Gipfeltreffen, aber trotzdem wurden in Washington einige wirklich bemerkenswerte Erfolge erzielt. Im Bündnis entwickelt sich nun rasch die Grundlage für eine neue Dynamik, und das Kosovo profitiert davon als erstes Gebiet.

Während das traditionelle Konzept zwischenstaatlicher Konflikte zwischen verschiedenen Ländern nun durch eine eher urbane, innerstaatliche Aggression ersetzt wird, arbeitet das Bündnis weiter an neuen Möglichkeiten zur Förderung von Frieden, Stabilität und Sicherheit mit Hilfe einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Krisenbewältigung. Der Washingtoner Gipfel leitete in Bezug auf die Durchführung militärischer Operationen der NATO eine neue Ära ein. Dank umfassenderer Perspektiven und neuer Initiativen zeichnen sich allmählich die erforderlichen Instrumente ab, die nun von der NATO in die richtige Form gebracht werden.

Als Vorsitzender des Militärausschusses – des Bindeglieds zur Wahrung der politischen und der militärischen Interessen des Bündnisses – konzentriere ich mich zur Zeit darauf, den Erfolg einer Vielzahl von Initiativen des Washingtoner Gipfels im militärischen Bereich sicherzustellen. Nach meinen ersten Monaten im Amt halte ich es nun für angebracht, meine Gedanken und Ansichten über die Zukunft des Bündnisses dem breiten Leserkreis des NATO BRIEFs darzulegen.

Die Gipfelinitiativen

Das Jahr 1999 ist für das Bündnis von entscheidender Bedeutung. Die NATO hat drei neue Mitglieder bekommen, die Chancen für den Frieden auf dem Balkan steigen, und in letzter Zeit entwickeln sich unsere Beziehungen zu Russland wieder positiver. Trotzdem geht wohl die vielleicht größte Inspiration für die Zukunft von den Gipfelinitiativen aus.

Das neue Strategische Konzept bestätigt als Eckpfeiler des Gipfels in erster Linie den Hauptzweck der NATO, nämlich die Wahrung der Freiheit und Sicherheit ihrer Mitglieder sowohl mit politischen als auch mit militärischen Mitteln. An dieser traditionellen Haltung hat sich nichts geändert, und die zentralen Elemente des militärischen Dispositivs des Bündnisses sind weiterhin die kollektive Verteidigung, die transatlantische Bindung und ein stabiles Sicherheitsumfeld in Europa.

Der Gipfel schuf jedoch auch die Grundlage für eine Politik, mit der das Bündnis die Zone der Stabilität durch Partnerschaft und dynamische Krisenbewältigung erweitern kann, was für den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit des nächsten Jahrhunderts von entscheidender Bedeutung sein wird. Die Sicherheitslage im Herzen Europas hat sich zwar seit dem Ende des Kalten Krieges beträchtlich beruhigt, aber die europäischen Randgebiete sind mit zunehmenden Turbulenzen konfrontiert. Die Instabilität nimmt dort wahrscheinlich noch zu; sie wird durch wachsende politische und ethnische Gegensätze sowie durch die irrige Annahme von Despoten wie Präsident Slobodan Milosevič geschürt, dass innerstaatliche eher als zwischenstaatliche Gewalt ein Mittel zum Zweck darstellen könne. Aus diesen Gründen haben viele Staaten ihr Vertrauen auf die zunehmende politische und militärische Stärke des Bündnisses gesetzt, und diese Tendenz setzt sich auch heute noch fort.

Die Stärke der NATO beruhte seit jeher auf der Stärke der einzelnen Mitgliedstaaten. Der Beschlussfassungsprozess des Bündnisses, der mit Hilfe eines konsensorientierten Konsul-

tationsprozesses funktioniert, ist sehr beeindruckend. Traditionell spielten die Streitkräfte der NATO-Mitgliedstaaten bei der Gewährleistung eines strategischen Gleichgewichts in Europa eine wichtige Rolle. Der Washingtoner Gipfel hat das Bündnis jedoch nun in eine neue Ära geführt. Die neuen Initiativen geben den Mitgliedstaaten neue Impulse, sie werden wohl für eine noch größere Zahl von Partnerstaaten und Mitgliedstaaten von Interesse sein, und sie werden hoffentlich ehemalige Gegner davon überzeugen, dass gemeinsame Missionen und Kooperationsprojekte mit wechselseitigen Vorteilen verbunden sind.

Das neue strategische Konzept

Das in Washington verabschiedete neue Strategische Konzept enthält die Erkenntnis, dass die Wahrung des strategischen Gleichgewichts im derzeitigen Sicherheitsumfeld nicht mehr von vorrangiger Bedeutung ist. Bei der Bestimmung unserer künftigen Verteidigungserfordernisse werden wir uns immer weiter von den alten Planinstrumenten der strategischen Parität entfernen und uns statt dessen auf die funktionalen Merkmale und die „Hinlänglichkeit" von Streitkräften konzentrieren, die für eine glaubwürdige Abschreckung sowie für eine rasche und effiziente Krisenbewältigung erforderlich sind.

Die militärische Intervention der NATO im Kosovo hat gezeigt, dass die NATO inmitten gelegentlicher Motivationswidersprüche zwischen der Förderung des allgemeinen Wohls und der Förderung von Eigeninteressen einzelner Staaten über ihre traditionelle Rolle der kollektiven Verteidigung hinaus ein potentieller Katalysator für den Fortschritt ist. Meiner Meinung nach stellt die kollektive Verteidigung in Verbindung mit einer umfassenden Strategie der Krisenbewältigung – anders gesagt, die Kombination von Selbstverteidigung und der Entsendung von Streitkräften in Krisenfällen – den wichtigsten Impuls dar, der vom Washingtoner Gipfel ausgegangen ist. Vieles bleibt noch zu tun, und das Bündnis hat vielleicht auch noch nicht alle Antworten parat, aber die entscheidenden ersten Bausteine wurden auf dem Washingtoner Gipfel gelegt. Das Kosovo ist der Beweis dafür, dass es möglich ist, den gemeinsamen Willen zur Erreichung dieses Zieles zu erzeugen.

Im Strategischen Konzept wird auch das Erfordernis künftiger militärischer Operationen des Bündnisses genannt, darunter Maßnahmen der Krisenbewältigung unter nicht durch Artikel 5[(1)] abgedeckten Umständen. Die zu planenden Maßnahmen sind wahrscheinlich weniger umfangreich als die während des Kalten Krieges angenommenen Szenarien. Sie könnten allerdings länger dauern, in einigen Fällen mehr Zusammenarbeit auf niedrigeren Zuständigkeitsebenen erfordern und gleichzeitig mit anderen Operationen durchzuführen sein. Diese Veränderung der zu erwartenden Arbeitsweise des Bündnisses ist für die Streitkräfte und insbesondere für die ihnen zugrunde liegenden Strukturen mit entscheidenden neuen Anforderungen verbunden.

Dem Erfordernis, mit gemeinsamen Verbänden an verschiedenen Einsatzorten gleichzeitig zu operieren, ist durch die neue Kommandostruktur bereits teilweise Rechnung getragen worden; in ihr sind regionale Kommandobereiche und flexible gemeinsame Operationen vorgesehen. Der Notwendigkeit, einen ausreichenden Streitkräfteumfang und geeignete Streitkräftestrukturen zu erreichen, mit denen wir wirksam reagieren können, kommt jedoch nach Ansicht des Militärausschusses unverändert höchste Priorität zu.

Die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit

Die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit – eine weitere Innovation des Washingtoner Gipfels zur Erhöhung des militärischen Potentials der NATO – war für das Bündnis ein

Deutsche KFOR-Panzerfahrzeuge am 16. Juli 1999 in der Innenstadt von Prizren (Kosovo) bei einer Patrouille, die ein Beispiel für die neuenartigen Aufgaben des Bündnisses darstellt.

(Foto: Reuters)

(1)
Artikel 5 des Nordatlantikvertrags bezieht sich auf die kollektive Verteidigung.

„Der Beschlussfassungsprozess des Bündnisses ist beeindruckend." Hier eine außerordentliche Sitzung des Nordatlantikrats auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister, die am 18. Juni 1999 in der NATO-Zentrale zu Beratungen über die Lage im Kosovo zusammenkamen.

(Foto: NATO)

wichtiger Durchbruch. Sie wird bei künftigen multinationalen Operationen zu größerer Effizienz führen und sich auf das gesamte Spektrum der Bündnisaufgaben auswirken. Sie wird die Zusammenarbeit auf niedrigeren Zuständigkeitsebenen fördern und sich insbesondere auf die Interoperabilität zwischen Bündnisstaaten, Partnerstaaten und sonstigen Staaten konzentrieren, die im Rahmen von Operationen der kollektiven Verteidigung oder der Krisenbewältigung (wie in Bosnien und Herzegowina) Truppen einsetzen. Die Operation Allied Force, die Luftoperation gegen die Truppen Slobodan Milosevics, hat gezeigt, dass das Militär schwierigen, politisch heiklen Krisen gewachsen ist. Zudem bedeutete die Einbeziehung von Partnerstaaten und anderen Nichtmitgliedstaaten der NATO auf jeder Stufe der Bemühungen um eine Lösung der Kosovo-Krise, dass für die internationale Zusammenarbeit ein neuer Maßstab gesetzt wurde.

Die Verbindung verschiedener Sprachen und Kulturen unter einem Banner ist für das Bündnis jedoch mit erheblichen Problemen verbunden. Es müssen Verfahren entwickelt werden, die eine höhere Interoperabilität auf der taktischen Ebene gewährleisten. In einer Zeit raschen technologischen Wandels ist somit die Wahrung der Interoperabilität zwischen den Bündnisstreitkräften eines der Ziele der Initiative zur Verteidigungsfähigkeit. Die KFOR zeigt schon, dass dies möglich ist.

Mehr Zusammenarbeit, insbesondere zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, ist zur Erreichung komplexer militärischer Ziele ebenfalls von wesentlicher Bedeutung. Derartige Ziele lassen sich nur im Rahmen einer klaren politischen Strategie erreichen, die zahlreiche verschiedene – sowohl zivile als auch militärische – Akteure, die auf der taktischen Ebene ungehindert operieren können müssen, miteinander verbindet.

Förderung militärischer Operationen der Europäer

Auf dem Gipfel wurde besonders hervorgehoben, daß sich das Bündnis vor allem in Europa weiter den Anforderungen des neuen Sicherheitsumfelds anpassen muß. Vor dem Hintergrund der Ereignisse im Kosovo vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten weitere Schritte zur Entwicklung der zentralen Aspekte eines Verteidigungsdispositivs mit zunehmender Flexibilität, mit dem man rascher auf Aufgaben der Krisenbewältigung in nicht durch Artikel 5 abgedeckten Fällen reagieren kann. Die Fähigkeit dazu, die im Mittelpunkt des Konzepts der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität steht, setzt eine Neugewichtung der transatlantischen Beziehungen voraus. Sie eröffnet die Aussicht auf wirksame Operationen unter der Leitung der Europäer, die dann von ausgewählten Komponenten der Bündnismittel und -infrastruktur unterstützt werden könnten.

Die neue Kommandostruktur der NATO und die Durchführung des Konzepts der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) zählen zu den Instrumenten, mit denen die Grundlagen für diese Initiative geschaffen werden. Es bleibt zwar noch viel zu tun, aber die wichtigste Hürde besteht darin, innerhalb Europas den politisch-militärischen Willen zu erzeugen, der die beteiligten Staaten zur Annahme einer einheitlichen Strategie der kollektiven Verteidigung und Krisenbewältigung veranlasst. Dies ist von entscheidender Bedeutung, wenn die transatlantische Bindung gestärkt werden soll und die Mitgliedstaaten in der Lage sein sollen, militärische Operationen der Europäer zu billigen, bei denen das Bündnis insgesamt vielleicht nicht beteiligt ist.

Auf anderen Gebieten werden Schritte in Richtung auf gemeinsame Ausbildungs- und Evaluierungsgrundsätze der

NATO unternommen, und zugleich erweitern wir unsere technische Infrastruktur, z.B. durch sichere integrierte Computernetze. Wir müssen uns klarmachen, dass mehr militärische Übungen nicht unbedingt zu einer besseren Ausbildung unserer Streitkräfte führen und dass Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsverfahren sowie zur effizienteren Nutzung von Personal zu erarbeiten sind.

Im nachrichtendienstlichen Bereich muß die NATO, die nur über wenige eigene Mittel hierfür verfügt und schon jetzt vom nachrichtendienstlichen Input ihrer Mitgliedstaaten abhängig ist, wesentlich mehr Informationen von den Bündnisstaaten anfordern als bisher. Dies bedeutet den Erwerb zusätzlicher Nachrichtendienstplattformen, mit denen sich das Bodenüberwachungskonzept des Bündnisses ergänzen lässt, das eine genaue und nahtlos ineinander übergreifende Überwachung auf der strategischen, der operationellen und der taktischen Ebene gewährleistet.

Die NATO hat das nötige Instrumentarium

Alle diese Initiativen des Washingtoner Gipfels werden unsere Fähigkeit zur Bewältigung von Krisen verbessern. Ich beurteile die sich aus dem Gipfel ergebenden Entwicklungen recht optimistisch. Sie werden zu Fortschritten bei der Streitkräfteplanung, zu Veränderungen der Streitkräftestrukturen sowie zu einer Umschichtung von Truppenstärken führen, wodurch sichergestellt wird, dass die Mitgliedstaaten künftigen Gefahren für ihre kollektive Verteidigung gewachsen sind und gleichzeitig den Erfordernissen einer effizienten Bewältigung von Krisen Rechnung tragen können. Aus militärischer Sicht ist das neue Strategische Konzept ein kühner Schritt nach vorn, und vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Kosovo-Konflikt wird es dafür sorgen, dass die NATO über die nötigen finanziellen Mittel für ihre Weiterentwicklung und die Aufrechterhaltung einer angemessenen Ausrüstung zur Bewältigung künftiger Gefahren verfügt.

Im Kosovo steht die KFOR vor zahlreichen Problemen; ihr Charakter wird sich wahrscheinlich in dem Maße ändern, wie sie sich zunehmend von einer Bündnistruppe zu einem internationalen militärischen Kommando entwickelt. Schon jetzt beteiligen sich 39 Staaten einschließlich Russlands an der KFOR, und immer mehr Nichtmitgliedstaaten der NATO bieten ihre Hilfe an. Dies beweist, dass das Fundament für eine wirklich internationale Truppe gelegt ist.

Es ist ermutigend, dass diese Entwicklungen schon vor dem Gipfel in groben Zügen ins Auge gefasst wurden. Die Gipfelbeschlüsse sollen die NATO für jetzige und künftige Probleme eines ungewissen Sicherheitsumfelds wappnen, und die Bündnispartner haben die Instrumente für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben schon bestimmt. Jetzt gilt es, die Umsetzung in die Praxis sicherzustellen und das Bündnis dabei weiter auf das 21. Jahrhundert vorzubereiten. ■

Multinationale Truppen auf dem Flughafen von Rinas (Albanien) während der Zeremonie zu Beginn der Übung „Cooperative Assembly" (1998).

(Foto: NATO)

Der schwierige Wiederaufbau des Kosovo

Bernard Kouchner
Sonderbeauftragter des Generalsekretärs und Leiter der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK)

Die internationale Staatengemeinschaft hat mit ihrer Hilfe beim Wiederaufbau des Kosovo eine enorm große Aufgabe übernommen. Mit Unterstützung der KFOR (Kosovo Force) und unter der Ägide der Vereinten Nationen arbeiten bedeutende internationale Organisationen zusammen, um im Kosovo die zivilen und administrativen Funktionen wiederherzustellen und diese Provinz auf Wahlen und eine künftige Selbstverwaltung vorzubereiten. Wie Dr. Bernard Kouchner, der höchste zivile Repräsentant der Völkergemeinschaft im Kosovo, erklärt, wird die Zukunft des Kosovo jedoch nicht nur von den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft abhängig sein, sondern auch die Überwindung der Intoleranz voraussetzen, unter der diese Region schon so lange zu leiden hatte.

Dr. Bernard Kouchner am 31. August 1999, als er sich vor der Vereidigung neuer Richter albanischer und serbischer Abstammung in Kosovska Mitrovica an die Presse wendet.

(Foto: AP)

Als die internationale Staatengemeinschaft sich zum Wiederaufbau des Kosovo verpflichtete, stellte sie sich einer enorm großen Aufgabe. Es geht nicht nur um die Bewältigung eines verlorenen Friedens und die Rückkehr der vom Krieg gezeichneten Vertriebenen, sondern auch um den Wiederaufbau einer zerstörten Gesellschaft, die Schaffung demokratischer Rahmenbedingungen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Neubelebung einer unterdrückten Kultur.

Mit Unterstützung der von der NATO geführten KFOR hat die VN-Übergangsverwaltung im Kosovo (UNMIK – United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) damit begonnen, die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Ziele zu schaffen. Hier ist hervorzuheben, dass unsere ausgezeichneten Beziehungen zum KFOR-Befehlshaber und zu seinem Stab den Schlüssel zum Erfolg dieser Mission bieten. Bis zum 21. September 1999 konnte die KFOR die Entmilitarisierung der Region abschließen und alle früheren Kombatanten hatten die Frist für die Abgabe ihrer Waffen eingehalten.

Der Erfolg der Übergangsverwaltung wird allerdings nicht daran zu messen sein, ob die genannten Ziele kurzfristig erreicht werden, sondern daran, ob die demokratischen Werte und Strukturen, welche die UNMIK einführen will, wirklich fest verankert werden können.

Die heutige Lage im Kosovo ist nicht zufriedenstellend. Wie könnte sie auch? Die UNMIK und die KFOR arbeiten unter äußerst heiklen und gefährlichen Bedingungen, was nach dem Ende eines Konflikts auch nicht anders zu erwarten ist. Noch immer bestehen Sicherheitsgefahren für die Minderheiten, insbesondere für die Serben; die Bevölkerung hat immer noch keine angemessene Infrastruktur, und die Region liegt wirtschaftlich weiterhin am Boden. Nach jahrelanger Unterdrückung und zahlreichen Massakern und Greueltaten kann man nicht erwarten, dass die Lage hier schon viel besser wäre, und die Mentalität der Menschen in diesem Gebiet läßt sich auch nicht über Nacht ändern.

Unser Auftrag ist nicht unmöglich, aber wir brauchen Zeit. Die UNMIK ist eine einzigartige Mission der Vereinten Nationen, die das Kosovo auf die für das nächste Frühjahr geplanten Wahlen und eine anschließende Selbstverwaltung vorbereiten soll. Um dieses Ziel zu erreichen, fungiert die UNMIK als Übergangsverwaltung für die Region, d.h. sie nimmt alle grundlegenden administrativen Funktionen (Polizei, Bankwesen, Zoll, Gesundheitsdienst, Bildungswesen, Post und Fernmeldewesen) wahr und koordiniert sie mit der Bevölkerung des Kosovo.

Auf diese Weise und durch die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung vor Ort leitet die UNMIK den Aufbau demokratischer Selbstverwaltungseinrichtungen sowie den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die humanitären Hilfsmaßnahmen. Dabei arbeitet sie mit anderen internationalen Organisationen zusammen, die unter der Ägide der Vereinten Nationen als gleichberechtigte Partner auftreten; dazu zählen das Amt der Hohen Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen (UNHCR), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Europäische Union (EU).

Zentrale Aufgaben der Zukunft

Wir sind mit großen Aufgaben von zentraler Bedeutung konfrontiert, darunter die Förderung eines politischen Prozesses zur Bestimmung der Zukunft des Kosovo.

Der UNMIK-Leiter ist der höchste zivile Repräsentant der Völkergemeinschaft im Kosovo. Die mit meinem Amt verbundene Autorität ist mir vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen übertragen worden, der die UNMIK am 10. Juni 1999 durch die Resolution Nr. 1244 einrichtete und auch die KFOR ermächtigte, in das Kosovo einzurücken. Letztendlich besteht unser Auftrag darin, dieser Region eine Zukunftsvision zu geben. Die UNMIK bemüht sich darum mit Hilfe ihrer „vier Säulen“: vier internationale Organisationen/Ämter, die in einer bisher einzigartigen Rahmenstruktur unter der Ägide der Vereinten Nationen zusammenarbeiten. Sie sind gemeinsam mit der Bevölkerung des Kosovo für die zivilen Aspekte des Wiederaufbaus und der Reformen zuständig.

Die vier Säulen sind folgende: Zivilverwaltung unter der Leitung der Vereinten Nationen selbst, humanitäre Hilfe unter der Leitung des UNHCR, Demokratisierung und Aufbau der

Neu rekrutierte Polizeianwärter sowohl kosovo-albanischer als auch serbischer Herkunft am 7. September 1999, als sie – mit ihren Lehrbüchern in der Hand – in Vucitrn (Kosovo) am ersten Tag ihrer Ausbildung zusammenkommen.

(Foto: AP)

nötigen Institutionen unter der Leitung der OSZE und wirtschaftliche Entwicklung unter der Führung der EU. Zugleich arbeitet die UNMIK eng mit der KFOR zusammen, um die gemeinsamen Bemühungen zu koordinieren. So komme ich täglich mit dem KFOR-Befehlshaber zusammen.

Zusammenarbeit mit der Bevölkerung des Kosovo

Auf allen diesen Gebieten sind bedeutende Fortschritte erzielt worden, und wir haben Strukturen geschaffen, mit denen die Bevölkerung in die Arbeit einbezogen wird, und zwar nicht nur als sachkundiger Berater, sondern auch damit sie Mitverantwortung für die Entwicklung und Zukunft der Region übernehmen kann. An erster Stelle steht hierbei der Übergangsrat für das Kosovo, der am 16. Juli 1999 gegründet wurde und einmal wöchentlich in Pristina zusammentritt. Der Rat ist das höchste politische Konsultationsgremium nach der UNMIK. Durch ihn können die großen politischen Parteien und Volksgruppen, einschließlich der Demokratischen Liga des Kosovo, der UCK, der serbischen, der bosniakischen und der türkischen Volksgruppe, sowie Unabhängige und sonstige Vertreter des Kosovo direkte Beiträge zum Beschlussfassungsprozess der UNMIK leisten. Zudem ist der Rat ein Forum, in dem man zu einem breiten Spektrum von Fragen im Zusammenhang mit dem zivilen Verwaltungsapparat, dem Aufbau von Institutionen und den wesentlichen Dienstleistungsbetrieben einen Konsens anstreben kann. Die Bildung dieses multiethnischen Rates innerhalb weniger Wochen nach dem Ende des Konflikts im Kosovo ist als bedeutender Erfolg zu betrachten.

Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben im Kosovo

Die UNMIK soll im Kosovo von insgesamt 3 150 bewaffneten Zivilpolizisten der Vereinten Nationen unterstützt werden, die aus sehr vielen verschiedenen Ländern kommen. Die beiden wichtigsten Ziele der Internationalen Polizeitruppe der Vereinten Nationen (UNIP) bestehen darin, vorübergehend für Recht und Ordnung zu sorgen und langfristig einen demokratischen Polizeidienst mit unparteiischen Berufspolizisten für das Kosovo aufzubauen.

Am 1. September 1999 befanden sich im Kosovo 866 UNIP-Polizisten, von denen 713 im Einsatz waren. Davon wiederum waren 360 in Pristina, 38 in Mitrovica, 25 in Pec, 31 in Prizren und 25 in Gnjilane stationiert. Mehr als 150 Angehörige der UNIP erhielten eine Einführungsausbildung. Die UNIP hat auch 84 Grenzpolizisten stationiert, und weitere 26 werden als Ausbilder für die neue Kosovo-Polizei verwendet. In Pristina ist bereits die erste ständige Polizeiwache eröffnet worden, und Nebenstellen wurden in den Teilen der Hauptstadt eingerichtet, die als „high-risk"-Gebiete bezeichnet werden. UNIP-Polizisten führen nun gemeinsame Patrouillen mit der KFOR durch, und die UNIP übernimmt die Inhaftierungsaufgaben der KFOR.

Dr. Bernard Kouchner und der damalige KFOR-Befehlshaber Generalleutnant Mike Jackson am 25. Juli 1999 in Pristina während einer gemeinsamen Pressekonferenz zur Lage im Kosovo.

(Foto: Reuters)

Vereinte Nationen – Zivilverwaltung

Unter anderen Erfolgen kann die Zivilverwaltung bereits vorweisen, dass sie die Gehälter Tausender öffentlicher Bediensteter (darunter Richter, Staatsanwälte, Mitarbeiter des Gesundheitsdienstes und Zollbeamte) gewährleistet, dass sie Grenzkontrollposten an der albanischen und der mazedonischen Grenze, einschließlich Zollämtern, eingerichtet hat, dass sie einen juristischen Beirat gebildet hat, der die geltenden Gesetze prüfen und neue erarbeiten soll, die jede Diskriminierung beseitigen, dass sie einen Treuhandfonds für weniger umfangreiche „Schnellprojekte" eingerichtet hat, der den Menschen im Kosovo die Rückkehr zur Normalität erleichtern wird, dass sie dazu beigetragen hat, die serbischen Bahnangestellten zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu bewegen, dass sie in Pristina mit Rundfunksendungen (Hörfunk, Fernsehen) begonnen und dort das Post- und Fernmeldehauptamt mit fünf Zweigstellen wieder eröffnet sowie ein Müllabfuhr-/Abfallbeseitigungssystem organisiert hat. Nun arbeiten in allen fünf Bezirken des Kosovo (Pristina, Pec, Mitrovica, Gnjilande und Prizren), das 29 Gemeinden umfasst, Angehörige der internationalen Zivilverwaltung.

UNHCR: Koordinierung der humanitären Hilfe

Das UNHCR, das für die zweite Säule der UNMIK zuständig ist, koordiniert die Arbeit der humanitären Hilfsorganisationen und gewährleistet so, dass die Menschen im Kosovo angemessen mit Unterkünften, Lebensmitteln, sauberem Wasser und medizinischer Hilfe versorgt sind. Zu den vorrangigen Aufgaben des UNHCR zählt die Beschleunigung der Vorbereitungen für den Winter. Als führende Hilfsorganisation unterstützte es die Lieferung von Zelten, Matratzen, Decken, Seife, Kochgeschirr, Kanistern und Öfen für die Bevölkerung des Kosovo, und im Rahmen seines Winterprogramms verteilt das UNHCR an die Bewohner beschädigter Häuser Werkzeug und Baumaterial, so dass die Familien im Winter wenigstens ein Zimmer haben, in dem sie vor Niederschlägen und Kälte geschützt sind. Zudem plant die UNMIK ein Sonderprogramm („cash for housing"), mit dem Personen, die dringende Wohungsreparaturen selbst vornehmen, finanziell unterstützt werden sollen.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hat inzwischen die Überprüfung von 718 Schulen abgeschlossen und festgestellt, dass 446 Schulen beschädigt wurden; 113 davon wurden völlig zerstört, und 147 weisen schwere Schäden auf. Am 1. September 1999 wurden jedoch im Kosovo 383 Schulen für insgesamt mehr als 100 000 Schüler wieder eröffnet. In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, die für die praktische Durchführung zuständig sind, sorgt UNICEF auch für die Instandsetzung von Schulgebäuden und hat bereits vielen Schulen Tausende von Schreibheften, Bleistiften, Stühlen und Pulten zur Verfügung gestellt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat gemeinsam mit UNICEF und verschiedenen nichtstaatlichen Organisationen Arzneimittelsortimente zur Verteilung im gesamten Kosovo zur Verfügung gestellt, und die WHO spielte auch bei der Wiederinbetriebnahme des Krankenhauses von Pristina eine entscheidende Rolle.

OSZE – Demokratie und Aufbau von Institutionen

Im Einklang mit der dritten UNMIK-Säule hat die OSZE eine Polizeischule für die Ausbildung der Mitglieder der neuen Kosovo-Polizei errichtet. Die OSZE überwacht zudem die Menschenrechtslage, organisiert das Justizsystem und die Entwicklung der Medien und bildet Personal für die Kommunalverwaltung aus. Da es entscheidend auf die Sicherheit ankommt, zählten die Aufstellung der Internationalen Polizeitruppe der Vereinten Nationen und die Bildung der Kosovo-Polizei zu den Prioritäten. Die Polizeianwärter werden aus den verschiedenen Volksgruppen des Kosovo rekrutiert, und am 21. August 1999 wurde die von der OSZE geleitete neue Polizeischule in Vucitrn eröffnet. Anfang September 1999 begannen dann die ersten 200 männlichen und weiblichen Polizeianwärter aus den verschiedenen Volksgruppen mit der Grundausbildung. Die OSZE setzt auch Menschenrechtsexperten ein, die im gesamten Kosovo die Menschen-

Ein pakistanischer Polizist der Internationalen Polizeitruppe der Vereinten Nationen (UNIP) am 7. September 1999 neben acht neu ernannten Richtern für das Bezirksgericht Pec-Peja (sieben Kosovo-Albaner und ein Serbe) während der Vereidigungszeremonie.

(Foto: AP)

Am 1. September 1999, dem ersten Schultag in Negrovce, fand der Mathematikunterricht in einem noch nicht wieder hergerichteten Klassenzimmer statt. Das Hauptgebäude der Schule wurde während des Kosovo-Konflikts von den Serben niedergebrannt.

(Foto: AP)

rechtslage überwachen sollen. Bei der Untersuchung von Verstößen gegen die Menschenrechte ist ihnen überall ungehinderter Zugang zu gewähren.

EU – Wirtschaftsförderung

Die vierte UNMIK-Säule, die in die Zuständigkeit der EU fällt, zielt auf den Aufbau einer modernen, gut funktionierenden Marktwirtschaft ab. Dazu zählen die Aufstellung und Führung eines Haushalts, der die Wahrnehmung grundlegender staatlicher Aufgaben ermöglicht; die Schaffung eines Zahlungssystems; die Regelung von Fragen wie die Verwendung mehrerer Währungen und Wechselkurse; die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für eine Bankenaufsicht; die Gewährung einer Starthilfe für die Industrie in Form von Zuschüssen und Krediten; Maßnahmen, die sicherstellen, dass Gebühren der öffentlichen Versorgungsbetriebe tatsächlich gezahlt werden, sowie die Einrichtung von Behörden für die Lizenzvergabe in Bereichen wie dem Fernmeldewesen.

Bei der vierten Säule geht es auch um die Deckung unmittelbarer Bedürfnisse (Unterkünfte, Strom, Wasser) während des kommenden Winters sowie um die Koordinierung der diesbezüglichen Maßnahmen der Geber. Diese Säule übernimmt einen immer größeren Teil der Arbeitsgebiete der humanitären Säule (insbesondere beim Wiederaufbau von beschädigten Häusern) und der KFOR-Säule (öffentliche Versorgungsbetriebe, insbesondere Strom- und Wasserversorgung). Ein wichtiger Geber ist die EU-Kommission, die Exekutive der Europäischen Union, die einen Arbeitsstab Kosovo gebildet und für 1999 mit einem Haushalt von US$ 150 Mill. ausgestattet hat, dessen erste Tranche in Höhe von US$ 48 Mill. bereits für die dringendsten Projekte bereitgestellt worden ist. Eine detaillierte Schadenerhebung, einschließlich einer Untersuchung der Infrastrukturprobleme in verschiedenen Sektoren, dient als Grundlage eines mittelfristigen Entwicklungsprogramms, das im Oktober 1999 einer Geberkonferenz vorzulegen war.

Neue Existenzen und neue Hoffnung

Im zivilen Bereich sind beträchtliche Fortschritte erzielt worden, und die KFOR bemüht sich unter äußerst problematischen Rahmenbedingungen nach besten Kräften um die Gewährleistung der Sicherheit. Die Zahl der Belästigungen, Mißhandlungen, Morde und anderer Verbrechen ist in den letzten Monaten zurückgegangen. Derartige Verbrechen waren in den ersten Wochen nach der UNMIK-Entsendung sehr viel häufiger; damals strömten zurückkehrende Flüchtlinge und Vertriebene in die Region, von denen sich viele rächen wollten. Verbrechen werden jedoch immer noch begangen, und wir können die Lage erst unter Kontrolle bringen, wenn wir ein wirksames Polizeisystem haben. Dazu brauchen wir das fortgesetzte internationale Engagement sowohl hinsichtlich der Unterstützung als auch hinsichtlich der Ausbildung der Kosovo-Polizei.

Die Sicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen des Kosovo werden allerdings nicht nur vom Erfolg der KFOR und der polizeilichen Maßnahmen abhängen. Sie sind auch davon abhängig, dass genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, dass die Jugendlichen wieder die Schulen und Universitäten besuchen, dass die Menschen über die Mittel für Wachstum und Entwicklung verfügen und auch eine Zukunftsperspektive haben. Die Erreichung dieses Zieles wird ein langsamer Prozess sein, und er wird nur von Erfolg gekrönt werden, wenn diese Region die drückende Last der Intoleranz endlich abwirft. ■

Die KFOR: Sicherheit für eine bessere Zukunft des Kosovo

Generalleutnant Mike Jackson,
ehemaliger Befehlshaber der Kosovo-Truppe (COMKFOR)

(Foto: KFOR-PIO)

Innerhalb von wenigen Tagen nach der Annahme einer Friedensvereinbarung durch Belgrad und der Einstellung der Luftoperationen des Bündnisses begann die Dislozierung der von der NATO geführten Kosovo-Truppe (KFOR), die im Kosovo sichere Rahmenbedingungen für die Rückkehr der Flüchtlinge schaffen sollte. Der damalige KFOR-Befehlshaber, Generalleutnant Mike Jackson, beschreibt im folgenden Beitrag die rasche, synchronisierte Dislozierung von über 40 000 KFOR-Soldaten aus 39 Staaten sowie die Herausforderungen, denen sie sich gegenübersehen, während sie dabei behilflich sind, die Ordnung wiederherzustellen, die zerstörte Infrastruktur wieder aufzubauen und im Kosovo die Rückkehr zur Normalität zu beschleunigen.

Am 12. Juni 1999 („D-Day") rückte die KFOR aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien mit 20 000 Mann (sechs Brigaden, davon je eine unter der Führung Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten und zwei unter britischer Führung) in das Kosovo ein. Innerhalb von sechs Tagen waren im Rahmen einer Operation, die von den Stäben und Mannschaften des KFOR-Hauptquartiers und der multinationalen Brigaden ein beträchtliches Maß an Können und Professionalität verlangte, alle KFOR-Führungselemente ins Kosovo verlegt worden.

Bei ihrer Ankunft im Kosovo war die KFOR mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert. Die jugoslawischen Streitkräfte waren noch immer in großer Stärke vertreten. Die UCK (Kosovo-Befreiungsarmee) war ebenfalls bewaffnet und sehr präsent. Noch immer wurde gekämpft. Nahezu eine Million Menschen befanden sich als Flüchtlinge außerhalb des Kosovo. Diejenigen, die geblieben waren, lebten tagtäglich in Todesangst. Es gab kaum Strom oder Wasser. Die Häuser waren zerstört, die Straßen vermint, die Brücken lagen in Trümmern, Schulen und Krankenhäuser waren außer Betrieb. Hörfunk und Fernsehen hatten ihre Sendungen eingestellt. Im Kosovo gab es kein normales Leben mehr.

Zuallererst kam es darauf an, ein Sicherheitsvakuum zwischen den abziehenden und den vorrückenden Truppen, das möglicherweise von der UCK oder einer beliebigen anderen bewaffneten Gruppe ausgefüllt worden wäre, zu verhindern. Innerhalb von elf Tagen erreichte die Operation das ihr gesetzte Ziel: Die jugoslawischen Streitkräfte wurden aus dem Kosovo abgezogen, und an ihre Stelle traten die KFOR-Soldaten, die laut der Resolution Nr. 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als einzige legitime Streitkräfte im Kosovo waren. All dies geschah unter sich rasch ändernden Rahmenbedingungen, wobei die internationalen Medien jeden Schritt beobachteten und festhielten.

Die Entwicklung bis zum „D-Day"

Es lohnt sich, kurz auf die Ereignisse vor dem „D-Day" einzugehen, durch die ein scheinbarer strategischer Stillstand plötz-

Angehörige der 4. Panzerbrigade, die zu den ersten britischen KFOR-Truppen gehören, die am 12. Juni 1999 („D-Day") in das Kosovo einrücken, werden bei ihrer Ankunft in Urosevac begeistert begrüßt.
(Foto: Reuters)

(1)
Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

lich in taktische militärische Bodenoperationen umschlug. Zu Beginn des Frühjahrs schien ein Durchbruch nämlich in immer weitere Ferne zu rücken, und wir hatten allmählich ernsthaft die Möglichkeit von Winteroperationen in Betracht gezogen.

Glücklicherweise setzten der finnische Präsident Martti Ahtisaari als EU-Sonderbeauftragter und der russische Vermittler Viktor Tschernomyrdin in den letzten Maiwochen, als die Luftoperationen der NATO anhielten und die Bündnisstaaten die KFOR-Truppenstärke in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien erhöhten, ihre Shuttle-Diplomatie zwischen Moskau, Helsinki und Belgrad fort. Die von der G8[(2)] erarbeiteten Bedingungen für eine Friedensvereinbarung wurden Präsident Slobodan Milosevič am 2. Juni 1999 vorgelegt und tags darauf vom serbischen Parlament und der jugoslawischen Bundesregierung ratifiziert.

Darauf folgten für die KFOR rasch einige Tage intensiver Gespräche mit Vertretern der jugoslawischen Streitkräfte (VJ) und des jugoslawischen Innenministeriums (MUP) in Blace und Kumanovo an der Grenze zwischen Serbien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Das am 9. Juni erreichte Ergebnis war das Militärisch-Technische Abkommen (MTA), in dem die „Ablösung" der abziehenden jugoslawischen Streitkräfte durch die vorrückenden KFOR-Einheiten genau festgelegt wurde.

Am 10. Juni, dem darauffolgenden Tag, verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution Nr. 1244, in der förmlich das Mandat der internationalen Sicherheitspräsenz, vertreten durch die von der NATO geführte KFOR und die internationale zivile Präsenz (Mission der VN-Übergangsverwaltung im Kosovo – UNMIK), niedergelegt wurde.

Synchronschaltung zwischen der KFOR-Dislozierung und dem serbischen Rückzug

Das MTA verlangte einen stufenweisen Abzug der jugoslawischen Streitkräfte aus drei Zonen des Kosovo, aus denen sie sich an vier festgelegten Punkten nach Serbien zurückziehen sollten (s. Karte S. 18). Dies sollte innerhalb von 11 Tagen völlig synchron zum Vorrücken der KFOR-Einheiten geschehen. Nachdem die jugoslawische Seite um einen Aufschub der KFOR-Dislozierung um 24 Stunden gebeten hatte, erhielt die VJ zwei Tage Zeit für vorbereitende Arbeiten und den Abzug logistischer Einheiten, bevor die KFOR am 12. Juni um 05.00 Uhr in das Kosovo einrückte (s. Abb. S. 16).

Die französische Brigade FFB (French Framework Brigade) überquerte die Grenze am „D-Day" nördlich von Kumanovo. Sie sollte den östlichen Teil der Zone 1 um Gnjilane bis zur Ankunft der amerikanischen Brigade besetzen, dann nördlich nach Kosovska Mitrovica vorrücken, wo sie durch weitere Einheiten zur Multinationalen Brigade (MNB) Nord erweitert wurde. Diese Brigade umfasst nun Truppen aus Belgien, Dänemark, Russland und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Die 12. Panzerbrigade der Deutschen, deren Kommando bereits eine niederländische Artilleriebatterie unterstellt worden war, rückte über zwei Achsen vor. Eine verlief über die FOX-Route nördlich in das Kosovo zum endgültigen Hauptquartierstandort der Brigade in Prizren. Die andere Achse führte ein Bataillon in einem großen südwestlichen Bogen durch Albanien zum Grenzübergang Morina, der zuvor als einer der wichtigsten Grenzposten für die Flucht der vertriebenen Kosovo-Albaner eine traurige Berühmtheit erlangt hatte. Die Brigade wird nun als MNB (Süd) bezeichnet, ihr Hauptquartier wird von den Deutschen gestellt, und sie umfasst Einheiten aus Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Russland und der Türkei.

Kurz vor dem „D-Day" war die 5. Luftlandebrigade der Briten, welche die KFOR mit dringend benötigten zusätzlichen Einheiten verstärkte, zur 4. Panzerbrigade des Vereinigten Königreichs vorgestoßen. Am „D-Day" selbst wurde die 5. Luftlandebrigade (mit einem Fallschirmjägerbataillon und einem Gurkha-Bataillon) von Hubschraubern zur Sicherung des strategisch entscheidenden Passes bei Kacanik auf der HAWK-Route luftgelandet. Teile dieser Brigade, darunter das Hauptquartier, wurden später zum Flugplatz von Pristina verlegt. Dadurch konnte die 4. Panzerbrigade zum nördlichsten Punkt der Zone vorrücken und die Provinzhauptstadt Pristina sichern. Das Vereinigte Königreich stellt weiterhin die Rahmenstruktur der jetzigen MNB (Mitte). Sie hat ihr Hauptquartier in Pristina und umfasst Einheiten aus Finnland, Kanada, Norwegen, Schweden und der Tschechischen Republik.

Am 9. Juni 1999 wurde in einem Zelt in Kumanovo an der Grenze zwischen Serbien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien von Generalleutnant Mike Jackson und Vertretern der jugoslawischen Streitkräfte (VJ) sowie des jugoslawischen Innenministeriums (MUP) das Militärisch-Technische Abkommen unterzeichnet.*

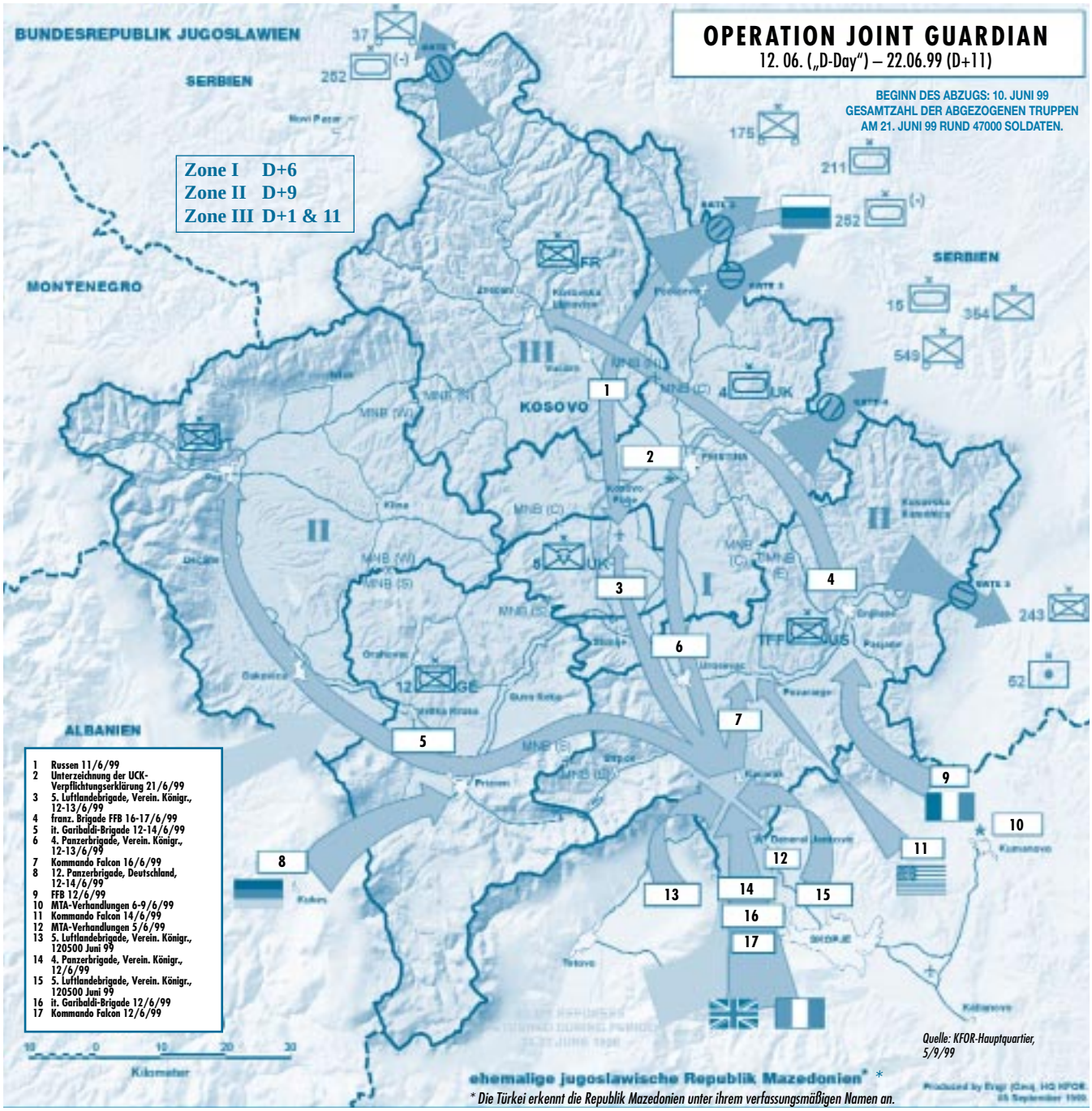
(Foto: KFOR-PIO)

Sobald die britischen Brigaden und die deutsche Brigade voll einsatzfähig waren, wurde die italienische Garibaldi-Brigade über den Pass bei Kacanik in das zerstörte westliche Kosovo verlegt. Diese Brigade bildet nun den Kern der MNB (West) mit Einheiten aus Italien, Portugal und Spanien. Ihr Hauptquartier befindet sich in Pec und ist für die im Gebirge verlaufende Grenze nach Albanien und Montenegro zuständig.

Die amerikanische Brigade mit ihrem TFF-Kern (Task Force Falcon) rückte am zweiten Tag der Operation in das östliche Kosovo ein, um dort mit der Ablösung der französischen Brigade zu beginnen, die nach Norden in die Zone III verlegt wurde. Die Vereinigten Staaten stellen nun die Rahmenstruktur der MNB (Ost), die ein amerikanisches Hauptquartier in Gnjilane und Einheiten aus den Vereinigten Staaten sowie aus Griechenland, Polen, Russland und der Ukraine umfasst.

(*) Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

(2) Die Gruppe der 7 wichtigsten Industrienationen plus Russland.



Am 20. Juni 1999 wurde um 05.25 Uhr der vollständige Abzug der jugoslawischen Streitkräfte aus dem Kosovo bestätigt, also mehr als sechs Stunden vor dem vereinbarten Zeitpunkt.

Willkommene russische Beteiligung

Es ist inzwischen allgemein bekannt, dass die britischen Führungstruppen auf dem Flugplatz von Pristina auf russische Soldaten stießen, die aus Bosnien auf dem Landweg durch Serbien verlegt worden waren. Dies sorgte natürlich in den Medien und auf politischer Ebene für viel Aufsehen, hatte aber keine nennenswerten militärischen Auswirkungen auf die Operation.

Nachdem man sich am 18. Juni 1999 in Helsinki auf eine Regelung geeinigt hatte, übernahm eine Einheit der russischen Luftwaffe gemeinsam mit einem NATO-Kontingent, das für die Luftbewegungen zuständig ist, die Verantwortung für den Betrieb des Flugplatzes. Beide sind dem KFOR-Leiter der Luftoperationen im Kosovo unterstellt. Der Flugplatz wurde am 26. Juni offiziell für den militärischen Flugverkehr eröffnet; auf ihm landen nun Militärflugzeuge und Flugzeuge mit humanitären Hilfsgütern.

Der größte Teil des russischen Kontingents befindet sich im Gebiet von Kosovska Kamenica bei der unter amerikanischer Leitung operierenden MNB (Ost), im Gebiet von Srbica bei der von Frankreich geführten MNB (Nord) und im Gebiet von Malisevo und Orahovac bei der von Deutschland geführ-

ten MNB (Süd). Die russischen Soldaten sind in die KFOR integriert, und angesichts der entscheidenden diplomatischen Rolle Russlands bei der Beendigung des Konflikts begrüßen wir die russische Beteiligung mit besonderem Nachdruck.

Die Verpflichtung der UCK zur Entmilitarisierung

Am 21. Juni 1999 („K-Day“) unterzeichnete Hashim Thaci, der Oberbefehlshaber der UCK, um 00.10 Uhr, also kurz nach dem vollständigen Abzug der VJ, im taktischen KFOR-Hauptquartier nahe bei Pristina die Verpflichtung zur Entmilitarisierung und Umgestaltung, die ich als KFOR-Befehlshaber im Namen der NATO entgegennahm. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Absichtserklärung der UCK, die Entmilitarisierungsbestimmungen der Resolution Nr. 1244 einzuhalten; in ihr kommen aber auch die Vorstellungen der UCK hinsichtlich ihrer künftigen Rolle im Kosovo zum Ausdruck, und sie skizziert den Weg zu einer vollständigen Entmilitarisierung innerhalb von 90 Tagen.

Am 21. September („K-Day“+ 90) hörte die UCK auf zu bestehen. Einige UCK-Mitglieder wurden im Rahmen eines Sonder-programms zur Umschulung ehemaliger Soldaten wieder in das Zivilleben eingegliedert. Andere werden mit Anwärtern aus verschiedenen Gemeinden als Polizisten der neuen Kosovo-Polizei eingesetzt. Alle übrigen wurden Mitglieder einer neuen militärischen Organisation, des Kosovo-Schutzkorps, die an die Stelle der UCK trat und eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau des Kosovo spielen soll.

In den ersten 15 Wochen des KFOR-Einsatzes im Kosovo hatte sich die Lage dort schon drastisch verändert, und das Kosovo von heute ist ganz anders als das Kosovo vom 12. Juni. Die VJ und das MUP haben sich zurückgezogen, und die KFOR ist voll einsatzfähig. Die Entwaffnung der UCK verlief im Einklang mit den Bestimmungen der Verpflichtungserklärung. Am wichtigsten ist jedoch vielleicht der Umstand, dass schon in den ersten Wochen fast 750 000 Menschen zum Wiederaufbau ihrer Häuser und ihrer Existenz ins Kosovo zurückgekehrt sind. Dies ist ein überwältigender Vertrauenserweis gegenüber der KFOR und der internationalen Präsenz im Kosovo.

Die Ankunft der KFOR fiel auch mit einer recht drastischen Verlagerung des Kräftegleichgewichts zusammen. Die Lage war äußerst instabil. Das Vorrücken der KFOR wurde zur Vermeidung eines militärischen Vakuums sorgfältig mit dem Abzug der VJ abgestimmt, aber es war nicht so leicht, auch die Lücke zu füllen, die durch den Abzug der zivilen Verwaltung entstand.

Übergabe an die Zivilbehörde der Vereinten Nationen

Durch die Sicherheitsratsresolution Nr. 1244 wurde der KFOR bis zur Ankunft der Zivilbehörde der Vereinten Nationen die volle Verantwortung für das Kosovo übertragen. Die KFOR war zwar in erster Linie mit Sicherheitsfragen und der Gewährleistung von Recht und Ordnung befasst, aber es kam auch entscheidend darauf an, den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur einzuleiten und die Voraussetzungen für eine rasche Rückkehr zur Normalität zu schaffen. Die KFOR hat in großen Gebieten die Minen geräumt und Blindgänger beseitigt, wobei Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen Vorrang eingeräumt wurde. Die während des Konflikts zerstörten Brücken und Rundfunksender wurden wieder instand gesetzt. KFOR-Pioniere haben dafür gesorgt, dass das wichtigste Elektrizitätswerk („Kosovo A“) seinen Betrieb wieder aufnehmen konnte, und ein großer Teil des Eisenbahnnetzes ist wieder eröffnet worden.

In jedem MNB-Gebiet reparierten Soldaten Krankenwagen und Feuerwehrfahrzeuge; sie organisierten die Müllabfuhr und sorgten allgemein für die Wiederherstellung wichtiger kommunaler Dienstleistungssysteme. Vor dem Hintergrund des drohenden Balkanwinters konzentrierte man sich sehr auf die Instandsetzung von Dörfern im Hochgebirge. Diese Aufgaben assoziiert man normalerweise nicht mit der Arbeit eines Soldaten. Wie sich jedoch in der Osterzeit während der Flüchtlingskrise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien gezeigt hat, brauchen internationale Organisationen eine gewisse Anlaufzeit, und daher ist in der ersten Phase einer Krise oft nur das Militär dazu in der Lage, die nötige Unterstützung zu leisten.

Jetzt gibt es jedoch eine Zivilbehörde in Form der UNMIK. Sie stützt sich auf vier Säulen:

- die humanitäre Säule des UNHCR,
- die Zivilverwaltung durch die Vereinten Nationen,
- die institutionelle Säule der OSZE,
- die Wiederaufbauleistungen der EU.

Die UNMIK hat einen Großteil der von der KFOR eingeleiteten Arbeit übernommen, aber am wichtigsten ist der Umstand, dass der UNMIK-Polizei nun die polizeiliche Zuständigkeit für einige Bezirke Pristinas übertragen worden ist. Der Aufbau einer zivilen Polizei ist für jede Demokratie von entscheidender Bedeutung, und durch die Bildung einer Kosovo-Polizeitruppe, deren Angehörige aus der Bevölkerung des Kosovo rekrutiert werden, ist man diesem Ziel einen Schritt näher gekommen.

„Das Glück ist mit den Mutigen“

Die Zeit der militärischen Manöver ist nun vorbei. Die militärische Operation war keine einfache Aufgabe, aber sie wurde von den Offizieren und Mannschaften der KFOR sehr professionell und mit großer Ausdauer bewältigt. Im Kosovo befinden sich nun mehr als 40 000 KFOR-Soldaten aus 39 Staaten. Sie gewährleisten nach wie vor das sichere Umfeld, in dem die Bevölkerung des Kosovo auf eine bessere Zukunft hinarbeiten kann.

Es werden zweifellos noch einige Probleme zu bewältigen sein, bis sich das Kosovo zu einer wirklich freien und offenen Demokratie entwickelt hat. Der Winter wird nicht mehr lange auf sich warten lassen, und es ist noch viel zu tun. Im Oktober hat mit meinem Nachfolger als KFOR-Befehlshaber, General Klaus Reinhardt, das nächste Kapitel in der Geschichte des Kosovo begonnen. Ich hoffe, dass es ein gutes Ende nehmen wird: „Audentis Fortuna luvat.“ ■

Der Wiederaufbau des Kosovo: Auf dem richtigen Weg – aber wohin?

Am 16. Juni 1999, nur wenige Tage nach dem Beginn der von der NATO geführten KFOR-Sicherungsmission im Kosovo, kehrten schon Zehntausende kosovo-albanische Flüchtlinge in einem 20 km langen Konvoi auf einer schmalen Straße von Kukes in Nordalbanien in ihre Heimat zurück.

(Foto: Reuters)

Matthias Rüb,
Südosteuropakorrespondent der FAZ

(Foto: FAZ)

Matthias Rüb vertritt die Ansicht, dass die Reaktion der NATO und der internationalen Staatengemeinschaft auf die Krise im Kosovo sowohl ein Erfolg als auch ein Fehlschlag war. Die meisten Flüchtlinge sind inzwischen zurückgekehrt, und die KFOR hat die Ordnung wiederherstellen können, aber es wird sich noch zeigen, ob die Vielzahl der für den Wiederaufbau der zivilen Strukturen im Kosovo verantwortlichen internationalen Organisationen an einem Strang zieht oder sich gegenseitig behindert. Letztlich bietet seiner Ansicht nach ein umfassender regionaler Ansatz, der sich – wie im Stabilitätspakt vorgesehen – auf die Androhung von Gewalt stützt, die einzige Möglichkeit, im Kosovo und auf dem Balkan insgesamt einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten.

Die Bilanz der Erfolge und Versäumnisse

Wenn es einen Grund gibt, den Luftkrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien als Erfolg zu bezeichnen, dann ist es die Massenrückkehr der albanischen Vertriebenen. Kaum waren die ersten Soldaten der von der NATO geführten internationalen Friedenstruppe (KFOR) am 12. Juni 1999 ins Kosovo eingerückt, strömten die Flüchtlinge zurück. Bis Anfang September waren mehr als 95 Prozent der ins Ausland Vertriebenen und der Flüchtlinge innerhalb des Kosovo in ihre Heimat zurückgekehrt – eine beispiellos rasche Repatriierung im Europa des 20. Jahrhunderts.

Das erklärte Ziel der Nato-Intervention, eine humanitäre Katastrophe, nämlich Völkermord und Vertreibung im Kosovo zu verhindern, wurde jedoch verfehlt. Denn ein solches Kriegsziel kann nicht mit Luftangriffen allein, sondern nur mit dem Einsatz von Bodentruppen erreicht werden. Mit dem Abzug aller jugoslawischen Streitkräfte und dem Einrücken von KFOR wurden im Kosovo jedoch die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Ergebnisse von Völkermord und Vertreibung wenigstens teilweise rückgängig zu machen. Häuser, Straßen und Brücken können repariert werden, Vertriebene können zurückkehren. Der Verlust von Menschenleben kann freilich nicht mehr ausgeglichen werden: Da Tausende albanischer Zivilisten von der serbischen Soldateska getötet wurden, wird der „Saldo“ des Engagements von Nato und KFOR im Kosovo für immer im negativen Bereich bleiben.

Auch ist noch nicht absehbar, ob der Einsatz internationaler Truppen im Kosovo unter den Auspizien der Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrates vom 10. Juni ein Erfolg sein wird oder nicht. Das Engagement der Friedenstruppe begann wie der Einsatz der Kampfbomber mit einem Scheitern: Die Vertreibung von bis zu 200 000 Serben und Roma seit Juni konnte KFOR ebensowenig verhindern wie die NATO die Vertreibung von etwa 1,5 Millionen Albanern in den Monaten zuvor. Die Voraussetzungen für eine Massenrückkehr der Ser-

ben und Roma sind jedoch schlecht, sodass Ergebnisse dieser zweiten Vertreibung leider Bestand haben dürften.

Bei dieser Zwischenbilanz gilt es daran zu erinnern, dass die Ursache für beide humanitäre Katastrophen die aggressiv nationalistische Apartheidspolitik des Regimes in Belgrad war. Auch wenn der Westen durch Zögerlichkeit und die NATO durch strategische Fehler während der Luftoperationen deren Auswirkungen verstärkt haben, ausgelöst wurden die Tragödien im ehemaligen Jugoslawien hauptsächlich durch die seit mehr als zehn Jahren von Milosevič verfolgte Kriegspolitik. An dieser strukturell zu Kompromissen unfähigen Politik, die zwangsläufig zu neuen gewalttätigen Konflikten führt, wird sich nichts ändern, solange Milosevič an der Macht bleibt.

Rechtsunsicherheit

Dies gilt es zu bedenken, denn das Kosovo bleibt de jure ein Teil Serbiens und der Bundesrepublik Jugoslawien, auch wenn es de facto und für viele Jahre von der KFOR und der VN-Mission für das Kosovo (UNMIK) beherrscht sein wird.

Daraus resultiert eine große Rechtsunsicherheit, die den Aufbau ziviler Strukturen im Kosovo erschwert. Die serbische Herrschaftsordnung über das Kosovo ist zusammengebrochen und hat keine verwertbaren Reste hinterlassen. Es herrscht eine relativ geordnete Anarchie. Welche Gesetze sollen gelten? Wer spricht Recht? Welche Autorität hat das Sagen? Wer gewährleistet die öffentliche Ordnung? Wer garantiert Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr und Straßenreparaturen? Wer sorgt für Instandhaltung und Ausbau der Infrastruktur?

Gegen die diskriminierenden Rechtsvorschriften der Milosevič -Herrschaft wehren sich die Kosovo-Albaner zu Recht. Richter und Gerichte waren drei Monate nach Kriegsende noch nicht arbeitsfähig. Die UNMIK-Mission sowie der mit Vertretern der verschiedenen Volksgruppen im Kosovo besetzte Übergangsrat mit beratender Funktion verfügen über eine nur geliehene und zeitlich befristete Autorität, die nicht demokratisch legitimiert ist.

Schon jetzt kann man im Kosovo deutliche Parallelen zum Engagement des Westens in Bosnien-Herzegowina erkennen und schon jetzt droht die Wiederholung der gleichen Fehler.

Die zivilen Bemühungen hinken hinter den militärischen hinterher

Der humanitären Hilfe kommt zweifellos höchste Priorität zu. Die Menschen müssen zuerst ein einigermaßen festes Dach über dem Kopf haben. Denn schon im September können die Nächte im Hochland des Kosovo empfindlich kühl sein, und bald darauf ist es bitter kalt. Dann müssen die Menschen mit Nahrungsmitteln versorgt werden, denn ein Großteil der Ernte ist verloren gegangen. In dieser Hinsicht leistet bisher neben dem UNHCR und zahlreichen nichtstaatlichen Organisationen auch KFOR einen großen Beitrag.

Doch ähnlich wie in Bosnien und Herzegowina hinkt die Durchsetzung der zivilen Bestimmungen der Friedensordnung für das Kosovo den militärischen Vorgaben hinterher. Der Rückzug der serbischen Streitkräfte sowie die Stationierung von KFOR verliefen planmäßig. Selbst die Demilitarisierung der kosovo-albanischen Befreiungsarmee (UCK) wurde trotz mancher Schwierigkeiten bis 21. September erreicht. Doch beim Aufbau neuer Zivilstrukturen wurde zu wenig erreicht.

Eine junge Soldatin des britischen KFOR-Kontingents am 14. Juni 1999 an einem vermutlichen Massengrab für Kosovo-Albaner im Dorf Kacanik (Kosovo).

(Foto: Reuters)

Hätte die KFOR nicht ihrerseits zivile und humanitäre Aufgaben übernommen, wäre das Chaos noch viel schlimmer. Die KFOR hat sich als Polizei betätigt, Kriminelle festgenommen und in Gefängnissen bewacht, Grenzkontrollen durchgeführt, Schulen und öffentliche Gebäude gesichert, nach Möglichkeit bedrohte Minderheiten geschützt.

Die neue zivile Polizei aber gab es Anfang September gerade erst in Ansätzen. Die von der internationalen Staatengemeinschaft versprochenen Polizisten, Verwaltungsbeamten, Richter und so weiter wurden entweder gar nicht oder viel zu zögerlich ins Kosovo geschickt. Während eine militärische Organisation wie die KFOR dank ihrer Befehlsstruktur rasch handeln und reagieren kann, brauchen die zivilen Bürokratien viel zu lang, um ihre Zusagen einzulösen.

Ein Geflecht internationaler Organisationen

Hinzu kommt ein schwer zu durchschauendes Geflecht verschiedener internationaler Organisationen, die gemeinsam den Aufbau einer neuen Zivilordnung im Kosovo erreichen sollen. Ob es im Kosovo tatsächlich zu den erhofften Synergieeffekten statt zur altbekannten Konkurrenz zwischen den verschiedenen Organisationen kommt, muss sich erst noch zeigen.

UNMIK-Chef Dr. Bernard Kouchner, ein ehemaliger französischer Gesundheitsminister, der als Gründer der Hilfsorganisation „Medecins sans Frontieres“ (Ärzte ohne Grenzen) bekannt wurde, koordiniert die zivilen Maßnahmen im Kosovo, die in vier Arbeitsbereiche unterteilt sind.

Das VN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) unter dem neuseeländischen Missionschef Dennis McNamara ist für humanitäre Belange wie die Versorgung der Vertriebenen und deren Rückführung in ihre Heimat verantwortlich. Zudem bemüht sich das UNHCR um die Koordinierung der mehr als 250 internationalen nichtstaatlichen Organisationen, die ihre Hilfe beim Wiederaufbau und der Demokratisierung des Kosovo anbieten.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) soll den Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft im Kosovo vorantreiben. Die wichtigste Aufgabe der OSZE-Mission im Kosovo, die vom ehemaligen OSZE-Missionschef in Albanien, dem Niederländer Daan Everts, geleitet wird, ist die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen. Diese sollen im April 2000 stattfinden. Gegenwärtig bereitet man bei der OSZE die äußerst schwierige Registrierung der Wähler vor – eine Aufgabe, die durch den Mangel an Personalausweisen, die während des Konflikts von den serbischen Behörden konfisziert wurden, noch erschwert wird. Außerdem überwacht das Amt für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE die Einhaltung der Menschenrechte im Kosovo.

Verantwortlich für den Aufbau ziviler Verwaltungsstrukturen ist im Dienste der Vereinten Nationen der deutsche Politiker und ehemalige Finanzchef der Stadt Frankfurt, Tom Koenigs. Sein Amt muß vor allem das Justizwesen sowie die kommunalen und regionalen Verwaltungen aufbauen helfen.

Der Brite Joly Dixon leitet für die Europäische Union (EU) den Bereich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Dabei gilt es vor allem, Lehren aus den Fehlern in Bosnien zu ziehen. Dort kommt die Wirtschaft fast vier Jahre nach Kriegsende noch immer nur schleppend in Gang. Denn es wurde zuviel für den Wiederaufbau der Infrastruktur und zu wenig zur Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe ausgegeben. Die Finanzmittel der Staatengemeinschaft müssen deshalb im Kosovo vor allem als Anschubhilfe eingesetzt werden, die etwa mit zinsgünstigen Krediten die Eigenleistung der Menschen beim Wiederaufbau fördert. Darauf galt es bei der Geberkonferenz für das Kosovo und den Stabilitätspakt besonders zu achten.

Stabilität in Südosteuropa

Das Engagement der Staatengemeinschaft im Kosovo ist in die umfassenden Bemühungen um Stabilität und Prosperität in ganz Südosteuropa eingebettet. Dazu wurde ein ranghoher Lenkungsausschuss zur Koordinierung des Wiederaufbaus der gesamten Region ins Leben gerufen. Dem Lenkungsausschuss unter dem gemeinsamen Vorsitz von EU und Weltbank gehören neben den Finanzministern der sieben großen Industriestaaten (G-7) auch UNMIK-Chef Bernard Kouchner und der Sonderkoordinator für den „Stabilitätspakt für Südosteuropa“, der ehemalige deutsche Kanzleramtsminister Bodo Hombach, an.

Der am 10. Juni von den EU-Außenministern verkündete Stabilitätspakt ist der Versuch, 10 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges die Spaltung des Kontinents endgültig zu überwinden und die Einheit Europas zu vollenden. Man kann drei Stoßrichtungen unterscheiden, mit welchen der Stabilitätspakt dies erreichen will.

- die Entwicklung einer neuen gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur unter der Ägide der OSZE, die effekti-

Die NATO im Blickpunkt

Neuer Beigeordneter Generalsekretär für Verteidigungsplanung und Operationen

Edgar Buckley hat am 6. September 1999 als Nachfolger von Anthony Cragg das Amt des Beigeordneten Generalsekretärs für Verteidigungsplanung und Operationen übernommen.

Nach der Promotion (Ph.D.) an der Universität London trat Edgar Buckley 1973 in das britische Verteidigungsministerium ein, wo er im Verwaltungsbereich ausgebildet wurde. 1976 wurde er zum persönlichen Referenten des stellvertretenden Inspekteurs der britischen Luftstreitkräfte ernannt. Zwei Jahre später wurde er befördert und arbeitete im Bereich Zivilverwaltung, bis er 1980 zum Finanzbeauftragten für das Waffensystem Trident und zum stellvertretenden Direktor für die Finanzierung strategischer Waffensysteme ernannt wurde. Von 1984 bis 1985 war er stellvertretender Direktor für Nuklearpolitik. Danach wurde er zum Leiter des Bereichs Ressourcen und Programme der britischen Seestreitkräfte ernannt. 1990 verbrachte er ein Jahr am Royal College of Defence Studies. 1991 führte er eine Studie zur Effizienzsteigerung des Beschlussfassungsprozesses für Rüstungsgerät und eine Studie zur Umgliederung des Arbeitsstabes „Verteidigungspolitik“ im britischen Verteidigungsministerium durch. Von 1991 bis 1992 leitete er dort die Arbeitsgruppe „Rüstungskontrolle“.

1992 ging Edgar Buckley für vier Jahre als verteidigungspolitischer Berater der britischen Vertretung bei der NATO und der Westeuropäischen Union nach Brüssel. Als er im August 1996 nach London zurückkehrte, wurde er im britischen Verteidigungsministerium zum Hauptabteilungsleiter (Inland und Übersee) ernannt und war in dieser Funktion politischer Berater für alle militärischen Operationen des Vereinigten Königreichs sowie für die militärischen Beziehungen des Vereinigten Königreichs zu Staaten außerhalb Europas und Nordamerikas; dieses Amt hatte er inne, bis er seine jetzigen Aufgaben in der NATO-Zentrale übernahm.

vere Instrumente und Institutionen zur Früherkennung und Verhütung von Konflikten in dieser Region verlangt;

- vermehrte Hilfe bei der Wirtschaftsreform
- die Festigung der jungen Demokratien.

Gebündelt werden sollen diese Initiativen mit einer reellen Beitrittsperspektive für jene Länder, die Mitglied der EU werden wollen – und das sind im Prinzip alle Staaten der Region.

Neben dem Hauptthema Sicherheit sollen an weiteren „Arbeitstischen“ die Fragen Demokratie und Menschenrechte sowie Wirtschaftsreformen und Zusammenarbeit von Fachleuten und Regierungsvertretern der betreffenden Länder beraten werden. Beim „Tisch“ Demokratie geht es etwa um die Stärkung der Institutionen einer Bürgergesellschaft, die Unterstützung unabhängiger Medien oder die Ausgestaltung eines mit der EU konformen Rechtssystems und die Umstrukturierung der zivilen Verwaltung; ausdrücklich wird auch die Erhaltung der multinationalen und multiethnischen Vielfalt der Länder der Region als Ziel festgesetzt.

Am „Tisch“ Wirtschaft werden Fragen der Privatisierung, des Strukturwandels oder des Steuersystems besprochen. Die Integration der Mitglieder des Stabilitätspaktes in die Welthandelsorganisation (WTO) soll erreicht werden, der freie Verkehr von Waren und Kapital gewährleistet, das Investitions- und Unternehmensklima sollen verbessert, schließlich Kriminalität und Korruption bekämpft werden.

Kosovo: Experimentierfeld für den Stabilitätspakt

Man kann das Kosovo als das Experimentierfeld für den Stabilitätspakt überhaupt betrachten. Denn ohne eine stabile Nachkriegsordnung für das Kosovo ist eine dauerhafte Beruhigung der Lage im ehemaligen Jugoslawien nicht möglich. Dem „Tisch“ für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Stabilitätspaktes sind deshalb eine Arbeitsgruppe für den Wiederaufbau im Kosovo unter Leitung des Belgiers Marc Franco sowie die Wiederaufbauagentur der EU-Kommission für das Kosovo zugeordnet.

Noch ist freilich unklar, in welcher Form der Stabilitätspakt weiter institutionalisiert werden soll. Das erste Gipfeltreffen am 30. Juli in Sarajewo war denn auch eine höchst symbolische Veranstaltung. Es wurde zwar eine sehr allgemein gehaltene Schlusserklärung verabschiedet, aber konkrete Hilfszusagen wurden nicht gemacht. Noch im Herbst dieses Jahres soll eine eigene Geberkonferenz für den Stabilitätspakt in Italien stattfinden.

Die Erfahrungen aus Bosnien und die neue Initiative des Stabilitätspaktes könnten für das Kosovo eine Chance sein. Bosnien hat gezeigt, dass UNMIK den Aufbau ziviler Strukturen entschiedener vorantreiben und das Kosovo bis zu Wahlen fast wie ein Protektorat verwalten muss. Ihre Koordinatorfunktion muss mit umfassenden Befugnissen gebündelt werden. Eine weitere Lehre aus den Erfahrungen in Bosnien besteht darin, dass beim Wiederaufbau vor allem mit Krediten eine eigenständige Wirtschaftstätigkeit unterstützt werden muss.

Ein britischer KFOR-Offizier sieht durch einen Stapel von kosovo-albanischen Pässen und Personalausweisen, die von serbischen Soldaten beschlagnahmt worden waren und am 13. Juni 1999 gefunden wurden. Fehlende Ausweise erschweren die Aufgabe der OSZE, die Wähler zu registrieren.

(Foto: Reuters)

Der Stabilitätspakt lehrt jedoch, dass nur ein umfassender regionaler Ansatz den Balkan dauerhaft befrieden und Südosteuropa Wachstum und Demokratie bringen kann. Und schließlich haben die Kriege im ehemaligen Jugoslawien gezeigt, dass es manchmal der Drohung mit Gewalt oder gar der Anwendung von Gewalt durch die NATO bedarf, um einer die ganze Region destabilisierende Kriegspolitik einzelner Staaten entgegenzutreten. ■

Sollte die NATO bei der Konzeption einer Doktrin der humanitären Intervention die Führung übernehmen?

Ove Bring, Professor für Völkerrecht
Schwedische Verteidigungsakademie und Universität Stockholm

Mit der Intervention der NATO im Kosovo sollte die serbische Politik der ethnischen Säuberungen in dieser Provinz rückgängig gemacht und ein sicherer Rahmen für die Rückkehr der Kosovo-Albaner gewährleistet werden. Die grundlegenden Prinzipien der internationalen Beziehungen – Souveränität der Staaten, Gewaltverzicht und Achtung der Menschenrechte – gerieten miteinander in Konflikt, was eine lebhafte öffentliche Debatte auslöste. Professor Ove Bring vertritt die Ansicht, es sei dringend erforderlich, eine Doktrin der humanitären Intervention zu formulieren und dabei von der sich derzeit herausbildenden internationalen Norm auszugehen, dass unter bestimmten Umständen der Schutz der Menschenrechte Vorrang vor der Souveränität der Staaten erhält. Seiner Meinung nach sollte die NATO hierbei die Führungsrolle übernehmen.

Während der NATO-Bombenangriffe auf strategische Ziele in der Bundesrepublik Jugoslawien fiel auf, dass die NATO selbst ihre Position mit keinerlei rechtlichen Argumenten verteidigte. Als eine Gruppe von Völkerrechtsstudenten der Universität Stockholm im April 1999 die Brüsseler NATO-Zentrale besuchte, hieß es, es gebe keine abgestimmte Haltung der NATO in dieser Frage, sondern es sei die Aufgabe der Regierungen der beteiligten Mitgliedstaaten, die völkerrechtliche Lage zu prüfen und die aus ihrer Sicht richtige(n) Begründung(en) anzuführen.

Aus politischer und rechtlicher Sicht war dies keine zufriedenstellende Antwort – damals und auch heute nicht, nachdem die NATO-Operationen nun ihr Ziel erreicht haben und im Kosovo zum Schutz der Menschenrechte eine internationale Präsenz verwirklicht worden ist. Im Interesse der Völkergemeinschaft sollte die NATO als Organisation (bzw. sollten die Bündnismitglieder gemeinsam) eine Begründung für dieses kollektive Vorgehen formulieren, das wahrscheinlich als Beispiel für eine humanitäre Intervention in die Geschichte eingehen wird.

Von jeder Gruppe von Staaten, die das grundlegende Gewaltverzichtsprinzip der Charta[1] der Vereinten Nationen abschwächen will, wird eine rechtliche Begründung ihrer Position erwartet. Die Frage lautet, ob die Maßnahmen der NATO als unrechtmäßig betrachtet werden sollten oder als

- eine in Ausnahmefällen erforderliche Abweichung vom Völkerrecht;

Am 25. Mai 1999 wurden kosovo-albanische Flüchtlinge, die von den Serben aus dem Kosovo vertrieben worden waren, von NATO-Friedenstruppen aus der nordalbanischen Grenzstadt Kukes weiter südlich in Sicherheit gebracht.
(Foto: AP)

(1)
Kapitel I: Ziele und Grundsätze, Artikel 2.

- ein Vorgehen, das sich auf eine neue Auslegung der Charta der Vereinten Nationen stützt, die im Einklang mit dem modernen Verständnis des internationalen Rechts steht;
- ein Versuch zur Verlagerung des Völkerrechts in Richtung auf eine neue Position, der zufolge die Souveränität von Staaten im Fall humanitärer Krisen hinter dem Schutz von Völkern zurückstehen muss.

Es liegt im Interesse der NATO (und – wie ich erläutern möchte – der Völkergemeinschaft insgesamt), dass die Unrechtmäßigkeitsansicht sich nicht durchsetzt. Wie auch immer man das Vorgehen der NATO erklärt – als Abweichung vom Recht, als rechtmäßig oder als schrittweise Weiterentwicklung des Rechts –, die Völkergemeinschaft hat bisher keine klare Antwort bekommen. Durch eine solche Antwort könnte die NATO jedoch die Rechtslage beeinflussen. Sie hat bereits einen praktischen Beitrag geleistet, aber sie muss noch immer das zugrunde liegende Prinzip definieren. „Stille Diplomatie“ ist in diesem Fall eine ungünstige Methode, denn dadurch könnte der Eindruck entstehen, die NATO halte ihr Vorgehen selbst für unrechtmäßig und sei, obwohl sie mit Erfolg einen – wie es hieß – „gerechten Krieg“ geführt hat, nicht bereit, auf intellektueller Ebene für eine internationale Rechtsordnung zu kämpfen, die sich stärker auf die Menschenrechte konzentriert und dem Konzept der humanitären Intervention Raum gibt.

Die Herausbildung einer internationalen Norm

Die meisten Völkerrechtsexperten stimmen wohl der Auffassung zu, dass sich die Bombenangriffe auf Jugoslawien durch die derzeitigen Rechtsvorschriften der VN-Charta nicht rechtfertigen lassen, da sie sich weder auf einen Beschluss des Sicherheitsrats im Sinne des Kapitels VII[2] der VN-Charta stützten noch mit dem Ziel der kollektiven Selbstverteidigung im Einklang mit Artikel 51 der Charta durchgeführt wurden; dies sind jedoch derzeit die einzigen beiden Bestimmungen, die nach dem Völkerrecht die Anwendung von Gewalt rechtfertigen.

Trotzdem würden viele dieser Völkerrechtsexperten auch der Ansicht zustimmen, dass heute in der internationalen Staatengemeinschaft die Tendenz erkennbar ist, ein besseres Gleichgewicht zwischen der Sicherheit von Staaten einerseits und der Sicherheit von Völkern andererseits zu erreichen (wie auch im Bericht Our Global Neighbourhood (1995) der Carlsson-Ramphal-Kommission[3] empfohlen wurde).

Einige Erklärungen, die in letzter Zeit vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, abgegeben wurden, unterstützen ebenfalls diese Meinung. Am 7. April 1999 – zu Beginn der NATO-Bombenangriffe – erklärte er vor der Genfer Menschenrechtskommission unter Hinweis auf die „weltweite Empörung“, die durch die Unterdrückung der Kosovo-Albaner unter Milosevič ausgelöst worden war: „Langsam, aber – wie ich glaube – sicher bildet sich eine internationale Norm gegen die gewaltsame Unterdrückung von Minderheiten heraus, die Vorrang vor Souveränitätsfragen erhalten wird und muss.“ Ferner sagte er, die Charta der Vereinten Nationen solle „niemals als Stütze oder Rechtfertigung von Personen [dienen], die sich gröbster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben“.

Die NATO im Blickpunkt

Neuer Beigeordneter Generalsekretär für Verteidigungsunterstützung

Robert Bell ist als Nachfolger von Norman Ray zum neuen Beigeordneten Generalsekretär für Verteidigungsunterstützung ernannt worden.

Robert Bell machte 1969 seinen Abschluss (Internationale Angelegenheiten) an der Akademie der amerikanischen Luftstreitkräfte in Colorado und studierte dann (1969-70) Internationale Sicherheit an der Fletcher School of Law & Diplomacy (Tufts-Universität) sowie Verteidigungspolitik und Sowjetische Außenpolitik an der School of Advanced International Studies der John-Hopkins-Universität (1971-72).

Er war als Leiter des Bereichs Flugsicherung und Fernmeldewesen tätig, bis er 1975 eine Stelle beim Forschungsdienst der Bibliothek des amerikanischen Kongresses in Washington antrat, wo er für Kongressabgeordnete Berichte zu strategischen Fragen erstellte. 1979 arbeitete er ein Jahr als Direktor des sicherheitspolitischen Ausschusses der Nordatlantischen Versammlung in Brüssel. Nach einer kurzen Rückkehr in den Forschungsdienst der Kongressbibliothek wurde er 1981 zum Referenten für Verteidigungspolitik und Rüstungskontrolle beim Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats ernannt. 1984 wurde er federführender Referent für strategische Grundsatzfragen, Nuklearstreitkräfte und NATO-Rüstungszusammenarbeit beim Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses des amerikanischen Senats.

Anfang 1993 übernahm er im Nationalen Sicherheitsrat das Amt des Sonderbeauftragten des Präsidenten für nationale Sicherheitsangelegenheiten und wurde Direktor für Verteidigungspolitik und Rüstungskontrolle.

Die Menschenrechtsthematik nimmt stetig an Bedeutung zu. Man muss jedoch einmal konkret sagen, was es eigentlich heißt, die Menschenrechte zu schützen. Die entscheidenden Sicherheitsgefahren gehen in der heutigen Welt nicht mehr von den Beziehungen zwischen verschiedenen Staaten aus, sondern bestehen in der Bedrohung von Bürgern durch ihre eigenen Regierungen. Das Völkerrecht passt sich diesen Entwicklungen durch den Aufbau neuer globaler und regionaler Strukturen zur Wahrung und Durchsetzung des Friedens nur langsam an. Die Formulierung neuer Doktrinen für den Einsatz dieser Strukturen wäre der schrittweisen Weiterentwicklung des Völkerrechts sehr förderlich.

Die Resolution „Vereinigung für den Frieden“

Das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats ist in seiner jetzigen Form auch früher schon in Frage gestellt worden. Während des Koreakriegs (1950-53) wollte die damalige westliche Mehrheit der Vereinten Nationen nicht hinnehmen, dass der Sicherheitsrat durch den Gebrauch des Vetorechts seitens der Sowjetunion gerade dann seine Handlungsfähigkeit und seinen Einfluss verlieren konnte, wenn der Frieden bedroht oder schon gebrochen war. Durch die im November 1950 von der VN-Generalversammlung angenommene Resolution „Vereinigung für den Frieden“ konnte

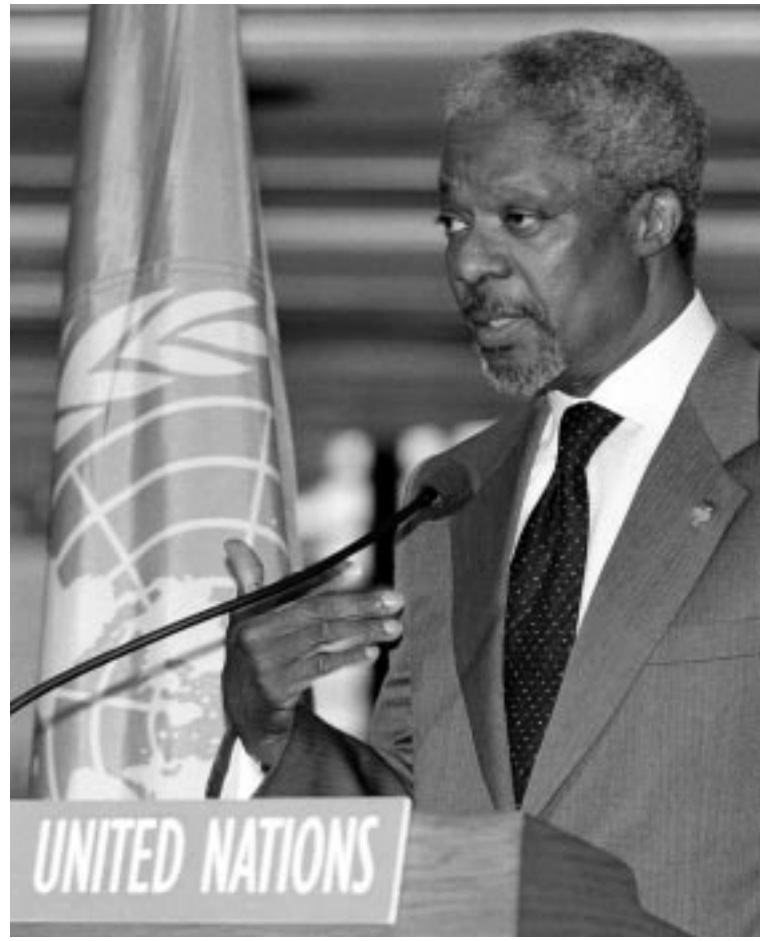
(2) *Kapitel VII: Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen, Artikel 39-51*

(3) *Ein unabhängiges Gremium, dem 28 führende Persönlichkeiten angehören und das 1992 von Willy Brandt zur Fortführung der Arbeit der Brandt-Kommission eingerichtet wurde. Der damalige schwedische Ministerpräsident, Ingvar Carlsson, und der damalige Generalsekretär des Commonwealth, Shridath Ramphal (Guyana), führen gemeinsam den Vorsitz.*

eine qualifizierte Mehrheit der Versammlung die Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit übernehmen, wenn der Sicherheitsrat dazu nicht fähig oder nicht gewillt war.

Während der Kosovo-Krise, als sowohl Russland als auch China ihr Veto gegen jede Ermächtigungsresolution des Rates androhten, hätte die NATO die Generalversammlung mit Hilfe des Mechanismus „Vereinigung für den Frieden" um eine Genehmigung ihrer bewaffneten Intervention bitten können. Da die Kosovo-Debatte keinerlei Nord-Süd-Konfrontation auslöste (ein gegen die NATO gerichteter russischer Vorschlag wurde am 26. März 1999 u.a. von Argentinien, Bahrain, Brasilien, Gabun, Gambia und Malaysia abgelehnt), wäre eine qualifizierte Mehrheit zur Unterstützung und Legitimierung der NATO-Maßnahmen wohl durchaus möglich gewesen.

Das Recht wird häufig als „Prozess" und das Völkerrecht häufig als „weltweiter gesellschaftlicher Prozess" bezeichnet, der konkrete Verhaltensweisen von Staaten, sonstige Standpunkte von Regierungen, Erwartungen bestimmter Gruppen und ethische Forderungen verschiedener Akteure der internationalen Bühne umfasst, darunter auch zwischenstaatliche Organisationen und nichtstaatliche Organisationen. Das Ergebnis dieses Prozesses ist von der Autorität und der argumentativen Überzeugungskraft der beteiligten Akteure abhängig. Im Rahmen der nächsten Sitzungen der Generalversammlung der VN und anderer internationaler Organe wird es möglich sein, Versuche zur Legitimierung oder Verurteilung der Kosovo-Intervention entweder gutzuheißen oder abzulehnen. Im Interesse der schrittweisen Weiterentwicklung des Völkerrechts sollten sich die NATO und/oder ihre Mitgliedstaaten an diesem Prozess beteiligen, indem sie eine Doktrin der humanitären Intervention formulieren und somit ernsthaft versuchen, der Vergangenheit mit Blick auf die Zukunft einen Sinn zu geben.



Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, am 7. April 1999, als er vor der Genfer Menschenrechtskommission die „weltweite Empörung" über die Unterdrückung der Kosovo-Albaner durch das jugoslawische Regime zum Ausdruck bringt.

(Foto: Belga)

▶

Ein Präzedenzfall für Interventionen

NATO-Bedienstete mögen bisher vielleicht gezögert haben, die NATO nach Kapitel VIII[4] der VN-Charta als „regionale Abmachung" zu betrachten, weil dies mit zusätzlichen Verpflichtungen im Rahmen der Vereinten Nationen verbunden wäre. Diese Sorge ist jedoch unbegründet. In Kapitel VIII wird die Legitimität und Nützlichkeit regionaler Sicherheitsorganisationen und -abmachungen niedergelegt, aber es erlegt Staaten keine anderen Pflichten auf als die, die ihnen nach der VN-Charta ohnehin obliegen (u.a. aufgrund des Kapitels VII). Die NATO, eine Organisation der kollektiven Selbstverteidigung, sollte sich als eine regionale Sicherheitsorganisation im Sinne des kollektiven Sicherheitsbegriffs des Kapitels VIII verstehen; dieses Kapitel könnte als Ausgangspunkt dafür dienen, ihr Vorgehen im Kosovo als einen Fall von humanitärer Intervention zu definieren.

Auf diese Weise könnte die Kosovo-Operation, obwohl sie im Widerspruch zu Kapitel VIII (Artikel 53) nicht vom Sicherheitsrat genehmigt worden ist, als Präzedenzfall für eine kollektive (nicht einseitige) humanitäre Intervention einer regionalen Organisation bezeichnet werden, der ein Prozess der kollektiven Beschlussfassung vorausging. Dieser Präzedenzfall könnte auch als Nicht-Passivität bei humanitären Krisen charakterisiert werden, worin zum Ausdruck käme, dass das Völkerrecht mit international anerkannten moralischen Normen im Einklang stehen muss. Eine Bevölkerungsgruppe, die unmittelbar vom Völkermord bedroht ist, sollte nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden.

Die Erklärung der Generalversammlung zu freundschaftlichen Beziehungen (1970) bekräftigte als Teil des Systems der Charta die „Pflicht zur Zusammenarbeit". Eine moderne Auslegung dieses Prinzips dürfte Staaten verpflichten, ihr Möglichstes zu tun, darunter – als letzten Ausweg – bewaffnete Maßnahmen zu ergreifen, um eine humanitäre Krise zu verhindern. Eine „Pflicht", bei solchen Krisen mit Waffengewalt zu intervenieren („un devoir d'ingérence", wie der französische Außenminister Roland Dumas 1991 bezüglich der irakischen Kurden argumentierte) ist kaum vorstellbar, aber eine „Pflicht zum Handeln", auch wenn der Sicherheitsrat aufgrund eines Vetos nicht aktiv werden kann, sollte sich in der Völkergemeinschaft durchsetzen. Es sollte Teil des modernen Völkerrechts sein, dass regionale Organisationen intervenieren können, wenn der politische Wille und die militärische Fähigkeit dazu vorhanden sind. Wann immer nötig, sollte der Präzedenzfall der „Vereinigung für den

(4)
Kapitel VIII: Regionale Abmachungen, Artikel 52-54

Am 10. Juni 1999 billigten die Mitglieder des VN-Sicherheitsrats mit nur einer Enthaltung (China) den Friedensplan für das Kosovo.

(Foto: Reuters)

Frieden“ genutzt werden, um der Generalversammlung eine Angelegenheit vorzulegen und so die Genehmigung der Vereinten Nationen außerhalb des Rahmens des Sicherheitsrats einzuholen.

Festlegung strenger Bedingungen für eine Intervention

Wie mehrere Rechtswissenschaftler[5] deutlich zum Ausdruck gebracht haben, muss bei der Herausbildung einer Doktrin zu dieser Thematik jede ohne die Genehmigung des Sicherheitsrats erfolgende gewaltsame Intervention an strenge Bedingungen geknüpft werden. Dazu sollten folgende Erfordernisse zählen:

- Es muss sich um einen Fall grober Menschenrechtsverletzungen handeln, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.
- Alle verfügbaren friedlichen Verfahren der Streitbeilegung müssen ausgeschöpft sein.
- Der Sicherheitsrat muss nicht in der Lage oder nicht gewillt sein, den Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein Ende zu setzen.
- Die Regierung des Staates, in dem die Greueltaten begangen werden, muss nicht in der Lage oder nicht gewillt sein, Abhilfe zu schaffen.
- Der Beschluss zu militärischen Maßnahmen könnte von einer regionalen Organisation im Sinne des Kapitels VIII der VN-Charta gefasst werden, wobei man sich den Präzedenzfall der „Vereinigung für den Frieden“ zunutze machen müsste, um so bald wie möglich die Zustimmung der Generalversammlung einzuholen; alternativ könnte der Beschluss im Einklang mit dem Verfahren der „Vereinigung für den Frieden“ direkt von einer Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung gefasst werden.
- In Bezug auf die Anwendung von Gewalt und die jeweilige humanitäre Frage muss der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gelten, und die Gewaltanwendung muss mit dem internationalen humanitären Recht bewaffneter Konflikte im Einklang stehen.
- Der Zweck der humanitären Intervention muss streng darauf begrenzt sein, die Greueltaten zu beenden und für die Menschen in dem betreffenden Staat eine neue Sicherheitsordnung aufzubauen.

Die NATO-Mitglieder sollten die Führung übernehmen

In der Weltöffentlichkeit ist eine unterschwellige Zustimmung zu Interventionen im Fall grober und systematischer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten festzustellen. Solche Verstöße können 50 Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nicht einfach hingenommen werden.

Die Formulierung einer Doktrin der humanitären Intervention wäre ein wünschenswertes rechtliches Ergebnis der Kosovo-Krise und würde einen enormen völkerrechtlichen Fortschritt darstellen. Die NATO-Staaten sollten hierbei die Führung übernehmen, indem sie die damit zusammenhängenden Fragen den zuständigen internationalen Foren vorlegen. ■

(5) Michael Reisman & Myres McDougal (1973), Richard Lillich (1993), und Antonio Cassese (1999).

Eine neue Akademie für eine neue NATO

Generalleutnant Dr. Hartmut Olboeter
Kommandeur der NATO-Verteidigungsakademie in Rom

Im September 1999 bezog die Verteidigungsakademie der NATO ein neues Gebäude, das von der italienischen Regierung eigens für diesen Zweck in Rom errichtet wurde. Mit Hilfe dieses volleingerichteten und nunmehr größeren Gebäudes wird die akademische Vorzeigeinstitution des Bündnisses den Erfordernissen der heutigen offenen und erweiterten NATO, ihren neuen Aufgaben und auch ihren neuen Partnerstaaten besser gerecht werden können. Insbesondere wird die Akademie das PfP-Programm zur Verbesserung des Ausbildungs- und Unterrichtsangebots (Training and Education Enhancement Programme – TEEP) sowie die Vertiefung des Mittelmeerdialogs unterstützen.

Im April 1951 sprach sich General Dwight D. Eisenhower, der erste Oberste Alliierte Befehlshaber Europa (SACEUR), in einem Telegramm an seine Regierung, für die Errichtung einer NATO-Verteidigungsakademie aus:

„...[B]esonders vordringlich ist es, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich Personen auszubilden, die sich diesem neuen Umfeld anpassen können und denen es in relativ kurzer Zeit möglich ist, ihren Horizont zu erweitern und die wesentlichen Aspekte dieser schwierigen Lage ausreichend gut zu verstehen, um die damit verbundenen Aufgaben übernehmen zu können.... Diese Überlegungen haben mich zu dem Schluss kommen lassen, dass es äußerst wünschenswert wäre, ...eine NATO-Verteidigungsakademie für die Ausbildung von Personen zu errichten, die wir für die Besetzung von Schlüsselpositionen in den verschiedenen NATO-Ämtern brauchen."

Generalleutnant Dr. Hartmut Olboeter am 10. September 1999 während seiner Rede anlässlich der Einweihung des neuen Gebäudes der NATO-Verteidigungsakademie in Rom; unter den Zuhörern des Kommandeurs der Akademie befinden sich (v.l.n.r.) NATO-Generalsekretär Javier Solana, der italienische Verteidigungsminister Senator Carlo Scognamiglio und der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, Admiral Guido Venturoni.

(Foto: NATO-Verteidigungsakademie)

Noch im gleichen Jahr wurde dann die Verteidigungsakademie der NATO gegründet. Ihre Vision und hohe Zielsetzung gelten heute noch genauso wie vor fast 50 Jahren. Damals steckte das Bündnis in den Kinderschuhen und war mit den Herausforderungen der geopolitischen Revolution konfrontiert, die sich aus dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Beginn des Kalten Krieges ergab. Heute passt sich die NATO den Chancen und Risiken eines internationalen Sicherheitsumfelds an, das sich seit dem Fall der Berliner Mauer ständig verändert hat.

Jedes Jahr kommen etwa 500 Vertreter von NATO-Mitgliedstaaten sowie von Teilnehmerstaaten der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und des Mittelmeerdialogs an die Akademie, um an einem immer breiter werdenden Spektrum von Lehrgängen teilzunehmen. Schlüsselfragen des Bündnisses und der geostrategischen Lage werden mit Hilfe führender Vertreter des politischen, militärischen und zivilen Lebens wie auch mit Hilfe international anerkannter Wissenschaftler analysiert. Sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich sind viele der zentralen Akteure der heutigen NATO Absolventen der Akademie. Jedes Jahr qualifizieren sich bei uns neue Kursteilnehmer für Führungspositionen der Zukunft.

Die neue Akademie ist größer und dank ihrer Mehrzweckeinrichtungen und ihrer modernen Technologie besser ausgestattet. Es sind jedoch nicht nur die Räumlichkeiten verbessert worden, sondern aufgrund einer kürzlich unternommenen Überprüfung des Lehrplans wurde vom Militärausschuss der NATO auch der Auftrag der Akademie neu definiert. Sie soll

„zur Effizienz und zum Zusammenhalt des Bündnisses beitragen, indem sie

- Lehrgänge zu politisch-militärischen Fragen im strategischen Bereich, mit deren Hilfe ausgewählte Offiziere und Beamte besser auf wichtige NATO-Verwendungen oder NATO-relevante Aufgaben vorbereitet werden können,
- und sonstige Programme zur Unterstützung der Initiativen und Interessen der NATO

konzipiert und durchführt."

Verständigung und Zusammenarbeit als Ziele

Der Erfolg unserer Lehrgänge wird weithin anerkannt. Jeder Lehrgang bietet ein Forum für den Informationsaustausch und die Erarbeitung von Konsenslösungen und verbessert die Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der NATO und ihren Partnerstaaten im Rahmen der PfP und des

Mittelmeerdialogs. Der während der Lehrgänge entstehende Teamgeist entwickelt sich seinerseits zu einem nützlichen Netz von Kontakten zwischen Kursteilnehmern der NATO-Staaten und ihrer Partnerstaaten. Dieser Esprit de corps beseitigt insbesondere in den verschiedenen Ausschüssen traditionelle Schranken und stärkt das Vertrauen zwischen den beteiligten Staaten. Ein hochrangiger russischer Offizier, der Anfang dieses Jahres an einem der Akademielehrgänge teilnahm, drückte es folgendermaßen aus: „Würde die NATO-Verteidigungsakademie von mehr führenden Militärs und Zivilisten besucht, so wäre die Welt weitaus sicherer."

Das neue Gebäude der NATO-Verteidigungsakademie.

(Foto: NATO-Verteidigungsakademie)

Im Mittelpunkt des Lehrprogramms der Akademie steht der Stabslehrgang, der fünfeinhalb Monate dauert und zweimal jährlich angeboten wird. Pro Lehrgang werden bis zu 10 Teilnehmer aus PfP-Staaten zugelassen. Der Lehrgang befasst sich mit den wichtigsten Entwicklungen der Weltpolitik im allgemeinen sowie mit politisch-militärischen NATO/PfP-Fragen. Ein Bestandteil dieses Lehrgangs ist ein zweiwöchiger integrierter PfP/OSZE-Kurs, der dann etwa 35 Staaten umfasst.

Der Renommierkurs der Akademie ist der zweiwöchige Lehrgang auf Generals-/Admiralsebene, der ebenfalls zweimal jährlich angeboten wird und darauf abzielt, unter hochrangigen NATO-Offizieren, die auf nationaler Ebene ausgewählt werden, das Verständnis für aktuelle politisch-militärische NATO-Fragen zu verbessern. Zu einem dieser Lehrgänge haben auch Angehörige von Partnerstaaten der PfP und des Mittelmeerdialogs Zugang. Darüber hinaus veranstaltet die Akademie einen Lehrgang für Reserveoffiziere sowie internationale Forschungsseminare, wobei letztere von einem Institut eines PfP-Staates oder eines am Mittelmeerdialog beteiligten Staates mitfinanziert werden. Zweimal jährlich wird Teilnehmern aus PfP-Staaten ein Stipendium auf dem Gebiet der Sicherheitsstudien angeboten. Ab dem Jahr 2000 wird dieses Angebot auch für Teilnehmer aus Mittelmeerstaaten gelten.

Schließlich bringt die Kommandeurstagung einmal jährlich die Leiter der führenden Ausbildungseinrichtungen aller NATO-Staaten und vieler ihrer Partnerstaaten zusammen. Diese Konferenz hat als Forum für Diskussionen, den Meinungsaustausch und praxisrelevante Optimierungsbemühungen ein enormes Potential, das wir in den nächsten Jahren bestmöglich nutzen wollen.

Anpassung an das neue Sicherheitsumfeld

Der Erfolg des Lehrprogramms der Akademie lässt sich auf seine fortlaufende Anpassung und die kontinuierliche Überprüfung des neuen strategischen Umfelds zurückführen. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO den Ausbau großer multinationaler Verbände, die Öffnung und Erweiterung des Bündnisses und die Bildung von bedarfsbedingten Ad-hoc-Zusammenschlüssen erlebt. Wir beobachten in zunehmendem Maße multinationale und teilstreitkraftübergreifende Operationen. Zugleich haben sich neue Aufgaben herausgebildet, wie z.B. Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Friedensoperationen. Schließlich kommt internationalen Organisationen, darunter auch nichtstaatlichen Organisationen, bei den jetzigen und den in Zukunft möglichen Aktivitäten der NATO eine größere Bedeutung zu, die mit einer größeren Vielfalt von Aufgaben einhergeht.

Folglich musste die militärische Ausbildung im Hinblick auf folgende Erfordernisse angepasst werden:

- Hochrangige Offiziere und Beamte müssen neue politisch-militärische Ereignisse verstehen und richtig deuten.
- Wir brauchen eine multinationale Ausbildung auf hoher Ebene.
- Erforderlich ist eine ausbildungsbedingte Gemeinsamkeit der Vorgehensweise.
- Die Fähigkeit zur Analyse und Schlussfolgerung ist zu fördern.

Die operativen Rahmenbedingungen haben sich ebenfalls verändert und sich von einer Strategie zur Bekämpfung einer nur aus einer Richtung kommenden Gefahr zu einer Strategie für Gefahren aus mehreren Richtungen entwickelt, was eine weitaus umfassendere Definition des Sicherheitsbegriffs und der Rolle von Politikern bzw. Militärs mit sich bringt.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, hat man den Lehrplänen die folgenden fünf Elemente zugrunde gelegt: Erarbeitung von Konsenslösungen, Informationsverarbeitung, Konzeption gemeinsamer Werte und Interessen, Horizonterweiterung, Sprachkenntnisse.

Das Informationszeitalter revolutioniert in Verbindung mit der wachsenden Bedeutung moderner Technologien und der zunehmenden globalen Vernetzung auch die höheren Ebenen der Verteidigungs- und Sicherheitsausbildung, die wohl einem ständigen Wandel unterliegen wird. Dies verlangt eine engere Zusammenarbeit zwischen den auf diesem Gebiet tätigen Einrichtungen bei der Vorbereitung der militärischen und zivilen Elite von morgen. Die Kommandeurstagung bietet ein ausgezeichnetes Forum für eine derartige Kooperation.

Auswirkungen des neuen Strategischen Konzepts

Der Schwerpunkt der Arbeit der Akademie wird in den nächsten Jahren von zwei miteinander verknüpften Katalysatoren bestimmt werden. Den ersten bildet das aktualisierte

Strategische Konzept, das die fünf grundlegenden Sicherheitsaufgaben nennt, die dem Unterricht, den Diskussionen und den Übungen der Akademie zugrunde liegen müssen: Sicherheit, Konsultation, Abschreckung und Verteidigung, Krisenbewältigung, Partnerschaft. Die Lehrgänge sollen den Teilnehmern eine umfassende Perspektive vermitteln, und besonders betont wird hierbei der Bereich der Krisenbewältigung, der eine wichtige dreitägige Übung zu Fragen der Verhandlungsführung, Vermittlung und Entscheidungsfindung einschließt. Die jüngsten Vorschläge zur Schaffung einer sich auf die transatlantische Bindung stützenden neuen Sicherheits- und Verteidigungsrolle für Europa werden ebenfalls eingehend erörtert.

Die Schlussfolgerungen des aktualisierten Strategischen Konzepts werden in unsere Lehrgänge integriert; diese decken allgemein gesagt folgendes ab:

- die gemeinsamen Werte und Interessen des Bündnisses, derzeitige und in Aussicht genommene Missionen, das politisch-militärische Konzept der NATO sowie Grundsätze, Aufbau und Arbeitsmethoden des Bündnisses;
- die potentiellen Gefahren für die Sicherheit des Bündnisses und seiner Mitgliedstaaten;
- die Staats-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme sowie die Interessen der Bündnismitglieder und ihrer Partnerstaaten; ihre Fähigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen auf der internationalen Bühne, insbesondere im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, sowie ihre kulturelle Vielfalt;
- die Rolle und das Zusammenspiel anderer mit Sicherheitsfragen befasster euro-atlantischer Organisationen von zentraler Bedeutung;
- die Verteidigungsplanung und das Ressourcenmanagement der NATO;
- wissenschaftliche Forschung, Fachgutachten und -diskussionen zu Sicherheitsfragen.

Stärkung der Zusammenarbeit mit Partnerstaaten

Der zweite Katalysator unserer Aktivitäten in den nächsten Jahren besteht in der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung unseres Öffnungspotentials. Die Verteidigungsakademie der NATO ist nämlich zu einem unerlässlichen Stützpfeiler der neuen, offenen NATO geworden, was im PfP-Programm zur Verbesserung des Ausbildungs- und Unterrichtsangebots[1] sowie im erweiterten Mittelmeerprogramm zum Ausdruck kommt, die beide auf dem Washingtoner Gipfel angenommen wurden.

In den diesjährigen Herbstkursen begrüßen wir als Angehörige regulärer NATO-Mitglieder polnische, tschechische und ungarische Teilnehmer, von denen einige schon vorher als Vertreter von Partnerstaaten am Stabslehrgang teilgenommen haben. Unser Akademischer Beirat wird bald durch die ersten Vertreter Polens und Ungarns verstärkt werden; sie werden die Arbeit einiger Ausschüsse sowie bestimmte Studienabschnitte und Kurzlehrgänge leiten. Diese Entwicklungen dürften uns ermöglichen, verstärkt Teilnehmer aus Partnerstaaten und Teilnehmerstaaten des Mittelmeerdialogs einzuladen. Der Akademie geht es um die völlige Integration der NATO-Teilnehmer und der Teilnehmer aus Partnerstaaten und Ländern des Mittelmeerdialogs, was durch die Verbesserung der Kommunikation mit Hilfe von Englisch- und Französischunterricht gefördert wird. Wir beabsichtigen, zur Stimulierung unseres strategischen Dialogs die besten verfügbaren Redner einzuladen. Aus einem hochrangigen Meinungsaustausch über gemeinsame Sicherheitsfragen und unterschiedliche Vorgehensweisen lassen sich zahlreiche wertvolle Lehren ziehen, und wir wollen sicherstellen, dass sich die Kommandeurstagung zu einem der zentralen Foren für konstruktive Diskussionen in den NATO-Staaten und ihren Partnerstaaten entwickeln kann.

Praktische Prioritäten

Auf der eher praktischen Ebene wird sich die Akademie darauf konzentrieren, die Möglichkeiten des neuen Gebäudes voll auszuschöpfen, um so insbesondere den Kursteilnehmern aus den Partnerstaaten ein breiteres Spektrum von Aktivitäten anbieten und auf neue Ausbildungserfordernisse rasch reagieren zu können.

Die Akademie wird auch den vollständigen Ausbau ihrer Forschungs- und Informations-/Technologieabteilung als vorrangige Aufgabe betrachten. Vor allem wird sie von ihrem neuen Forschungspotential profitieren, indem sie gegebenenfalls Ergebnisse der internationalen Forschungsseminare, der Stipendienprogramme und der Lehrgangsaktivitäten veröffentlicht. Darüber hinaus werden von der Informations-/Technologieabteilung die Anstöße für die Verbesserung der gesamten Kommunikations- und Automatisierungsausstattung des neuen Gebäudes ausgehen, einschließlich einer verbesserten Website. Somit werden wir die internen Systeme für die Kursteilnehmer und den Lehrkörper wie auch unsere Verbindung zum NATO-Hauptquartier, seinen nachgeordneten Hauptquartieren und den zahlreichen nationalen Institutionen verbessern, die mit der Akademie zusammenarbeiten. Sowohl im Forschungs- als auch im Informations-/Technologiebereich werden wir uns um eine Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen Akademien und Instituten für strategische Studien bemühen.

Das Dienstleistungsverhältnis zum Bündnis ist für die Veteidigungsakademie der NATO stets eine anspruchsvolle, aber auch lohnende Aufgabe gewesen. Wie bereits dargelegt wurde, ist die damit verbundene Herausforderung heute sogar noch größer als früher. Erstens müssen wir sicherstellen, dass die Inhaber führender militärischer und ziviler NATO-Positionen den im neuen Strategischen Konzept festgeschriebenen grundlegenden Sicherheitsaufgaben mit dem richtigen strategischen Verständnis begegnen. Zweitens wird der Akademie im Hinblick auf die zunehmende Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit und Integration mit neuen Partnerstaaten eine Schlüsselrolle zukommen. Dieses Erfordernis wurde kürzlich in einem an mich gerichteten Schreiben des ukrainischen NATO-Botschafters besonders deutlich:

„Die Kosovo-Krise unterstreicht, welch große Bedeutung den Bemühungen der NATO-Verteidigungsakademie um eine bessere Verständigung und Zusammenarbeit zwischen NATO-Mitgliedstaaten und EAPR-Partnerstaaten zukommt.“

Die neue Verteidigungsakademie der NATO wird als „Your College” auch im 21. Jahrhundert weiterhin bestrebt sein, bei der Wahrnehmung ihrer Hauptaufgabe, zur Effizienz und zum Zusammenhalt des Bündnisses und seiner Partnerstaaten beizutragen, den höchsten Anforderungen gerecht zu werden. ■

(1)
Siehe den folgenden Beitrag über die PfP-Ausbildungszentren.

PfP-Ausbildungszentren: Verbesserung des Ausbildungs- und Unterrichtsangebots im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden

Burak Akçapar
NATO-Abteilung für Verteidigungsplanung und Operationen

Die Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) mit dem Ziel, deren operative Dimension zu stärken, erhöht den Bedarf an qualifiziertem Personal. Laut Dr. Burak Akçapar müssen wir uns jedoch zugleich den Herausforderungen aufgrund der stärker ausgeprägten Multinationalität auf niedrigeren Kommando- und Truppenstrukturebenen stellen sowie dem Erfordernis einer größeren Interoperabilität zwischen den Streitkräften der Partnerstaaten und denen der Bündnismitglieder Rechnung tragen. Daher initiierten die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Washingtoner Gipfeltreffen im April 1999 das Programm zur Verbesserung des Ausbildungs- und Unterrichtsangebots. Es handelt sich um eine strukturorientierte Strategie zur Verbesserung und Harmonisierung der Ausbildungs-/Unterrichtsaktivitäten der NATO-Staaten und ihrer Partnerstaaten; dies soll insbesondere durch die Errichtung von PfP-Ausbildungszentren erreicht werden.

Das Hauptziel des Programms zur Verbesserung des Ausbildungs- und Unterrichtsangebots (TEEP – Training and Education Enhancement Programme)[1], das im April 1999 auf dem Washingtoner Gipfeltreffen von den Staats- und Regierungschefs des Bündnisses angenommen wurde, besteht darin, das Ausbildungs- und Unterrichtsangebot so zu verbessern, dass man den jetzigen und künftigen Anforderungen der vertieften und operativeren Partnerschaft besser Rechnung tragen kann. Durch das TEEP sollen die PfP-Ausbildungsaktivitäten im Rahmen der NATO und auf einzelstaatlicher Ebene optimiert und harmonisiert, ihre Transparenz erhöht sowie ihr Beitrag zum PfP-Kooperationsprozess ausgebaut werden.

Das Konzept der PfP-Ausbildungszentren

Sowohl die Bündnisstaaten als auch ihre Partnerstaaten müssen, während sie Erfahrungen sammeln, Lehren weitergeben und ihre Vorgehensweise optimieren, mit ihren Kräften und Ressourcen sparsam umgehen. Durch das TEEP wird hervorgehoben, dass eine Möglichkeit zur Erreichung dieses Zieles darin besteht, PfP-Ausbildungszentren einzurichten, die allen Bündnismitgliedern und ihren Partnerstaaten Ausbildungs- und Unterrichtsaktivitäten von hoher Qualität anbieten.

Ein viel versprechender Start wurde bereits mit dem Konzept der PfP-Ausbildungszentren gemacht, das am 16. November 1998 vom Nordatlantikrat gebilligt wurde. Es legte die Grundregeln für die Einbindung nationaler Einrichtungen in den NATO/PfP-Rahmen fest und führte einen außerordentlich kooperationsbetonten Ansatz für die Qualifizierungsinvestition ein, die zur Unterstützung der auf dem Washingtoner Gipfeltreffen beschlossenen *Vertieften und Operativeren Partnerschaft*[2] unerläßlich ist. Mit Hilfe dieses Konzeptes machten die Bündnismitglieder und ihre Partnerstaaten einen bedeutenden Schritt in Richtung auf die Stärkung der Rolle nationaler Ausbildungseinrichtungen im Rahmen der Partnerschaft.

Das Konzept unterstreicht die zunehmende Bedeutung der Ausbildungs- und Unterrichtsaktivitäten im Rahmen der vertieften PfP und verdeutlicht das Potential der PfP-Ausbildungszentren im Hinblick auf die gemeinsamen Be-

General Wesley Clark, Oberster Alliierter Befehlshaber Europa (mitte), im Sommer 1998, als er gemeinsam mit Generalmajor Gheorghe Rotaru und Generalstabschef Constantin Degeratu (Rumänien) in einem regionalen Ausbildungszentrum in Rumänien wieder die Schulbank drückt.

(Foto: Regionales Ausbildungszentrum)

(1)
Siehe Anhang E des „Report by the Political Military Steering Committee on PfP", unter www.nato.int/pfp/docu/d990615f.htm.

(2)
Siehe Charles J. Dale, „Auf dem Weg zu einer Partnerschaft für das 21. Jahrhundert", NATO Brief 2/99, S. 29-32

mühungen um eine Verbesserung der Ausbildung, die Förderung der regionalen Zusammenarbeit und die Steigerung der Interoperabilität.

Nationale Ausbildungseinrichtungen, welche die Bezeichnung „PfP-Ausbildungszentrum“ beantragen, müssen die im Konzept aufgeführten grundlegenden Anforderungen erfüllen. Jeder Antrag wird von dem jeweiligen Staat an die NATO weitergeleitet und von einer NATO-Arbeitsgruppe, die sich aus Mitgliedern des Internationalen Stabes, des Internationalen Militärstabs und der Obersten NATO-Kommandos zusammensetzt, sorgfältig geprüft, bevor der betreffenden Einrichtung die Bezeichnung durch einen Ratsbeschluss offiziell zuerkannt werden kann.

Bisher hat der Rat sechs nationale Ausrichtungseinrichtungen als PfP-Ausbildungszentren anerkannt, von denen mehrere eine lange Erfolgsbilanz vorweisen können und internationales Ansehen genießen. Diese Zentren zeigen bereits, wofür die Bezeichnung „PfP-Ausbildungszentrum“ steht: Qualität, Transparenz und Zusammenarbeit. Es zählt sogar schon zu den wichtigsten Gründen für die Beantragung einer offiziellen PfP-Bezeichnung, dass die jeweilige Einrichtung dann sozusagen als Mitglied einer Familie angesehener Ausbildungseinrichtungen anerkannt wird.

Offiziell anerkannte PfP-Ausbildungszentren

Der Grundstein für das wachsende Netz der PfP-Ausbildungszentren wurde 1998 mit der Einweihung des Ausbildungszentrums in Ankara gelegt. Dieses Zentrum unterstützt Partnerstaaten bei anspruchsvollen Ausbildungs- und Unterrichtsprogrammen und hilft ihnen, das Interoperabilitätsniveau zu erreichen, das für die Teilnahme an PfP-Operationen und -Übungen unter der Leitung der NATO erforderlich ist. Es veranstaltet Lehrgänge zu operativen und strategischen Fragen und koordiniert/leitet zugleich die taktisch-technischen Lehrgänge anderer türkischer Militärschulen. Das Zentrum bietet den Kursteilnehmern alle Vorzüge einer Ausbildung in einem Bündnisstaat und deckt fast das gesamte Spektrum der von der NATO für Streitkräfte der Partnerstaaten festgelegten Interoperabilitätsziele ab.

In den Partnerstaaten sind bereits folgende Einrichtungen als PfP-Ausbildungzentren anerkannt worden:

◆ **Ausbildungszentrum Jaworiw, Ukraine:** Dieses Zentrum war die erste Einrichtung eines Partnerstaates, die als PfP-Ausbildungszentrum anerkannt wurde; es blickt auf eine langjährige Erfahrung mit PfP-Übungen und ähnlichen Übungen zurück.

◆ **PfP-Ausbildungszentrum Almnas, Schweden:** Dieses Zentrum, das hervorragend ausgestattet ist und 80 Kursteilnehmern Platz bieten kann, ist darauf ausgerichtet, die PfP-Zusammenarbeit allgemein zu stärken sowie insbesondere die PfP-Zusammenarbeit zwischen den Staaten des Ostseeraums zu fördern. Zu den angebotenen Aktivitäten zählen Simulationsübungen, PfP-Planung, Ausbildung in Fragen der Missionsvorbereitung und der PfP-Übungen, Stabslehrgänge und Sprachkurse sowie sonstige Lehrgänge und Seminare. Ein Übungsplatz ermöglicht Truppenübungen sowie weniger umfangreiche Geländeübungen. Dieses schwedische Zentrum nahm am Rande des Washingtoner Gipfeltreffens auch an der Vorführung des PfP-Simulationsnetzes teil.

◆ **PfP-Ausbildungszentrum, Bukarest, Rumänien:** Dieses Zentrum wurde 1997 zur Durchführung teilstreitkraftübergreifender Ausbildungsaktivitäten und zur Verbesserung des Verständnisses für gemeinsame NATO/PfP-Fragen gegründet und bietet Lehrgänge zu den Stichworten „Heeresbrigade“, „teilstreitkraftübergreifende Operationen“ und „Friedensoperationen“ sowie andere Lehrgänge an, die auf Englisch abgehalten werden. Die Ausbildungsaktivitäten werden unter Anleitung eines Bündnisstaates im Einklang mit NATO-Standards durchgeführt und sind somit ein gutes Beispiel für die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Bündnismitgliedern und Partnerstaaten beim Aufbau leistungsfähiger nationaler Ausbildungseinrichtungen.

◆ **Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, Schweiz:** Diese internationale Stiftung mit ihren NATO/PfP-Mitgliedern wurde im Zuge der Schweizer Teilnahme an der PfP gegründet. Ihre Hauptaufgabengebiete sind Ausbildung, Forschung und Konferenzen für Diplomaten, Offiziere und Beamte aus den Außen- und Verteidigungsministerien der NATO/PfP-Staaten. Das Zentrum fördert zudem die kooperative Vernetzung mit allen NATO/PfP-Staaten, Institutionen und Experten, die im Bereich der internationalen Sicherheitspolitik tätig sind.

Es veranstaltet einen neunmonatigen Internationalen Ausbildungskurs (ITC) und einen dreimonatigen Kurs zur europäischen Sicherheitspolitik, der auch die Gebiete internationale Sicherheitspolitik, präventive Diplomatie und Rüstungskontrolle abdeckt. Darüber hinaus beteiligt sich das Genfer Zentrum am Konsortium der Verteidigungsakademien und Institute für Sicherheitspolitik, das mit dem deutsch-amerikanischen Marshall-Center und der NATO-Verteidigungsakademie[3] in Rom zusammenarbeitet.

◆ **Österreichisches Internationales Friedenskommando:** Diese Einrichtung verfügt als Nachfolger des Österreichischen Ausbildungszentrums für friedenserhaltende Maßnahmen über umfangreiche Erfahrungen auf dem Gebiet der Wahrung des Friedens und ist mit seinen ausgezeichneten Einrichtungen auf die Ausbildung von zivilen und militärischen Experten und Einheiten für Friedensoperationen spezialisiert.

Pionieraufgaben

Weniger als ein Jahr nach dem Beginn der Umsetzungsphase gibt es dank des Konzeptes der PfP-Ausbildungszentren bereits ein Netz von Institutionen, die den Weg für eine umfassendere und größere Gemeinschaft von Ausbildungseinrichtungen frei machen. Diese Institutionen machen die Kursteilnehmer mit den Kommando-, Stabs-, Operations- und Logistikverfahren der NATO sowie mit den für multinationale und teilstreitkraftübergreifende Operationen erforderlichen Verfahren vertraut. Dies unterstützt die Förderung der Interoperabilität zwischen Streitkräften der NATO-Staaten und denen der Partnerstaaten bei PfP-Operationen unter der Leitung der NATO und trägt dazu bei, den operativen Charakter der PfP zu stärken. Zudem bieten die Zentren bedeutende Einsparmöglichkeiten, da die Ausbildung vor Ort erfolgt.

Die Arbeit an dem auf dem Washingtoner Gipfel verabschiedeten Programm zur Verbesserung des Ausbildungs- und Unterrichtsangebots hat einen ausgezeichneten Start gehabt, und man kann festhalten, dass das gleiche auch für die Bemühungen um mehr hochqualifiziertes Personal gilt, das angesichts einer immer operativer werdenden PfP unerlässlich ist. ■

(3)
Siehe auch den vorangehenden Artikel „Eine neue Akademiefür eine neue NATO“.

Die NATO nach der Erweiterung: Steht sich das Bündnis besser?

Sebestyén L. v. Gorka
Kokkalis-Forscher (Ungarn) an der Kennedy School of Government, Harvard, und Mitarbeiter des Forschungsinstituts RAND, Washington D.C.

Polen, die Tschechische Republik und Ungarn haben im Frühjahr 1999 als Vollmitglieder der NATO ihren Platz im Nordatlantikrat eingenommen und so ihre Rückkehr in die europäische Staatenfamilie manifestiert. Manche Kritiker meinten, die neuen Mitglieder seien aus den falschen Gründen zum Beitritt eingeladen worden, ihr Beitritt sei verfrüht und sie könnten keinen echten Beitrag zum Bündnis leisten. Der Verfasser des folgenden Artikels vertritt eine andere Ansicht und verweist auf die politischen und militärischen Pluspunkte, welche die drei neuen Mitglieder für die neue NATO darstellen, sowie auf die einzigartige Rolle, die sie im Hinblick auf die Förderung der Stabilität Europas spielen können.

Noch vor zehn Jahren waren Polen, die Tschechoslowakei[1] und Ungarn ideologisch auf den Marxismus ausgerichtet, standen unter der strategischen Herrschaft Moskaus und hatten Streitkräfte, die in den Warschauer Pakt integriert waren. Nach dem Zerfall des Ostblocks (1989-90), brachten diese unabhängigen Staaten sofort ihren Wunsch nach einer „Rückkehr nach Europa“ sowie ihre Zielvorstellung zum Ausdruck, sowohl dem Atlantischen Bündnis als auch der Europäischen Union beizutreten. Die erste Hälfte dieser Ziele wurde Wirklichkeit, als Polen, die Tschechische Republik und Ungarn am 12. März 1999 als Vollmitglieder der NATO ihren Platz im Nordatlantikrat einnahmen.

Erweiterung aus den falschen Gründen?

Manche Beobachter haben die Ansicht geäußert, der Beitritt dieser Staaten sei aus den falschen Gründen erfolgt: Die Motivation für die Erweiterung der NATO bestehe entweder in mildtätigen Anwandlungen des Westens oder in der vermeintlichen Notwendigkeit, eine sich derzeit bietende Chance zu nutzen, und die drei seien aufgrund des diplomatischen Drucks seitens der Vereinigten Staaten nach subjektiven Kriterien ausgewählt worden, obwohl ihre Streitkräfte dringend reformbedürftig seien und es an echtem Engagement für die NATO fehle.

Meiner Meinung nach sind diese Vorwürfe nicht haltbar. Die drei neuen Mitglieder sind nämlich für die Festlegung der neuen Rolle der NATO in Europa von entscheidender Bedeutung, und sie können im Hinblick auf die Verbesserung der Beziehungen des Bündnisses zu anderen Nichtmitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa einen einzigartigen Beitrag leisten.

Reform der Streitkräfte

Kurz nach der politischen Flutwelle von 1989-1990 unternahmen Polen, die Tschechische Republik und Ungarn drastische Schritte, um den Charakter ihrer Streitkräfte zu ändern; sie begannen dabei mit dem Verzicht auf aggressive Strategien und mit einem radikalen Abbau ihrer Streitkräfte. Zu den späteren Schritten zählten eine stärkere Förderung der NATO-Amtssprachen (Englisch- und Französischunterricht für Offiziere) und ein größeres Engagement im Hinblick auf die Festlegung neuer Aufgaben für ihre Streitkräfte. Zugleich versuchte man, die uneingeschränkte Abhängigkeit von Rüstungsgütern aus der Zeit der Sowjetunion schrittweise zu verringern. In diesem Zusammenhang maß man dem Ziel, u.a. im Bereich des Fernmeldewesens und des Luftraummanagements größere Kompatibilität mit der NATO zu erreichen, immer mehr Bedeutung bei.

Die Bündnisinitiative der Partnerschaft für den Frieden (PfP) spielte dabei eine Schlüsselrolle, da sie den Streitkräften dieser Staaten ermöglichte, gemeinsam mit NATO-Staaten und anderen Partnerstaaten bestimmte Operationsverfahren einzuüben. Infolgedessen konnten alle drei Staaten bedeutende Beiträge zur Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton leisten, mit dem der Krieg in Bosnien und Herzegowina beendet wurde. Sie entsandten Kontingente für die IFOR-/SFOR-Mission, und Ungarn gewährte Einheiten, die in das ehemalige Jugoslawien verlegt oder aus ihm abgezo-

(1) *Jetzt die tschechische Republik und die Slowakei.*

(v.l.n.r.) Der ungarische Premierminister Viktor Orban, der tschechische Staatspräsident Václav Havel, der österreichische Bundeskanzler Viktor Klima und der ehemalige Dissident Adam Michnik (Chefredakteur der Warschauer Zeitung „Gazeta Wyborcza“) am 26. Juni 1999 in Wien auf einer Konferenz anlässlich des 10. Jahrestags des Endes des „Eisernen Vorhangs“.

gen werden sollten, kontinuierlich die nötigen Bereitstellungsräume und Transitrechte.

Jeder der drei Staaten hat mit mehr oder minder großem Erfolg die Rahmenbedingungen für die schrittweise Einführung einer demokratischen, zivilen Kontrolle des Militärs geschaffen. Trotzdem sollten wir realistisch bleiben und uns klarmachen, dass hinsichtlich der Militärreform insgesamt noch ernste Probleme bestehen. Hier sind vor allem finanzielle Engpässe zu nennen. Die Verteidigungshaushalte dieser drei Staaten machen derzeit etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Der jetzige Umfang der Haushalte lässt es nicht zu, die Streitkräfte mit militärischem Gerät auszustatten, das in gutem Zustand ist, die Interoperabilität mit der NATO gewährleistet und vorzugsweise aus dem Westen kommt. Es erweist sich auch als schwierig, potentiell gute Offiziere für das Militär zu gewinnen und einen Kader qualifizierter Zivilisten aufzubauen, die über die Fähigkeiten verfügen, die im ungewissen Sicherheitsumfeld am Ende dieses Jahrhunderts erforderlich sind.

Während der ersten NATO-Übungen, an denen Truppen aus Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn als Vollmitglieder des Bündnisses teilnehmen, begrüßt ein britischer Offizier (Mitte) am 18. März 1999 in der Nähe von Gemona Del Friuli (Italien) ein ungarisches Besatzungsmitglied eines in Russland hergestellten gepanzerten Truppentransportfahrzeugs.

(Foto: Belga)

Ein Teil der Kritik an diesen Staaten mag bezüglich ihrer Bemühungen um die Streitkräftereform gerechtfertigt gewesen sein, aber man unterschätzt leicht das ungeheure Ausmaß der noch nie da gewesenen Aufgaben, mit denen ehemals kommunistische Staaten konfrontiert sind, wenn sie der NATO beitreten wollen. Sie müssen nicht nur den Übergang zu einer Marktwirtschaft bewältigen – man beachte, dass auch manche westliche Staaten noch Schwierigkeiten haben, die Prinzipien der freien Marktwirtschaft mit den Erfordernissen eines modernen Sozialstaats zu vereinbaren –, sondern sie müssen ihre Rückkehr nach Europa auch durch die entschlossene Wiederherstellung demokratischer Prinzipien konsolidieren. Man kann einfach nicht erwarten, dass die Reform der Streitkräfte schneller vorankommt als die allgemeinen demokratischen und wirtschaftlichen Reformen. Ein glaubwürdiger und selbstbewusster Verteidigungssektor lässt sich nicht in einem Vakuum, isoliert von der ihn abstützenden Gesellschaft, aufbauen und aufrechterhalten.

Welche Kritik man auch immer am bisherigen Grad der Modernisierung und der Reform der Streitkräfte übt, eines ist klar: Der Bruch mit der kommunistischen Ideologie und den aggressiven Militärstrategien ist vollzogen, und Polen, die Tschechische Republik und Ungarn entwickeln sich unbestreitbar in die richtige Richtung. Es mag stimmen, dass der Warschauer Pakt unter den Offizieren dieser Staaten eine Mentalität gefördert hat, die der Interoperabilität mit westlichen Streitkräften nicht besonders dienlich ist, und es mag auch stimmen, dass sich alle diese drei Staaten immer noch in hohem Maße auf militärisches Gerät aus der Zeit der Sowjetunion stützen, aber ihre Regierungen haben sich schon sehr früh auf politischer Ebene zu einer Annäherung an das Bündnis bekannt und den Unterricht in den Amtssprachen der NATO sowie die Übernahme der NATO-Standards und -Konzepte gefördert.

Beiträge zum Bündnis

Es gibt mehrere Möglichkeiten, den militärischen Beitrag der drei neuen Mitglieder zum Bündnis zu bewerten. Diesen Staaten stehen in Friedenszeiten aktive bewaffnete Einheiten mit einem Gesamtumfang von fast 350 000 Mann zur Verfügung. Schon vor ihrem Beitritt zum Nordatlantikvertrag waren sowohl die Tschechische Republik als auch Ungarn sozusagen bereit, jeweils eine Einheit bis zum Umfang einer Brigade ausschließlich für nicht durch Artikel 5[(2)] abgedeckte Friedensmissionen unter der Leitung der NATO zur Verfügung zu stellen. Polen wird in der Lage sein, zwei- bis dreimal so viele Truppen bereitzustellen. Die Tatsache, dass genau diese Streitkräfte noch vor zehn Jahren die Aufgabe hatten, das Nordatlantische Bündnis zu vernichten und die liberalen Demokratien des Westens zu besiegen, steigert die Bedeutung des militärischen Beitrags der drei neuen Mitglieder zum heutigen Bündnis nur noch mehr.

Erfahrungen im Ausbildungsbereich und bei friedenserhaltenden Maßnahmen

In allen drei Staaten gibt es weiträumige Ausbildungseinrichtungen aus der Zeit des Kalten Krieges, die sich bei NATO-Truppen bereits großer Beliebtheit erfreuen. Angesichts der strengeren politischen und ökologischen Auflagen, mit denen manche NATO-Staaten bei der Nutzung ihrer eigenen Einrichtungen konfrontiert sind, ist dies ein wichtiger Pluspunkt. Zwei dieser drei Staaten – Polen und Ungarn – verfügen auch über eigene Ausbildungseinrichtungen für friedenserhaltende Maßnahmen, mit denen ein Kader von Soldaten aufgebaut werden soll, die mit den besonderen Erfordernissen von Nichtkriegsoperationen vertraut sind; eine derartige Einrichtung können nicht alle Bündnisstaaten vorweisen.

Ungarn gewann auch als Aufnahmestaat für die IFOR- und SFOR-Truppen, die dann nach Bosnien und Herzegowina

(2)
Artikel 5 des Nordatlantikvertrages bezieht sich auf die kollektive Verteidigung.

verlegt wurden, wertvolle Erfahrungen. In letzter Zeit hat die Kosovo-Krise deutlich gezeigt, dass wahrscheinlich ein erheblicher Teil der künftigen Arbeit der NATO mit Operationen einhergehen wird, die den SFOR- und KFOR-Einsätzen vergleichbar sind und stabile Bereitstellungsräume in der Nähe der jeweiligen Region sowie Personal erforderlich machen, das für logistisch anpruchsvolle Operationen wie Maßnahmen der Friedenserhaltung und der humanitären Hilfe ausgebildet ist.

Das militärisch-industrielle Potential

Ein weiterer bedeutender militärischer Pluspunkt, über den das Bündnis dank dieser drei Staaten verfügt, besteht in ihrem jeweiligen militärisch-industriellen Potential. Polen hat einen umfangreichen militärisch-industriellen Komplex, mit dessen Hilfe es sich selbst und andere Staaten in mehreren Bereichen (Hubschrauber zählen zu den Stärken Polens) versorgen kann. Die Tschechische Republik genießt ebenfalls einen sehr guten Ruf in Bezug auf die Qualität ihrer Rüstungsproduktion, darunter Ausbildungsflugzeuge, Munition und Handfeuerwaffen.

Ungarn mag in dieser Hinsicht am schwächsten sein, aber seine Entwicklungsmöglichkeiten sollten nicht übersehen werden. In den letzten Jahren haben Gruppen engagierter Designer und Techniker neue militärisch relevante Produkte entwickelt, wie z.B. Handfeuerwaffen, verschiedene innovative Munitionsprodukte und sogar ein Fahrzeug zur Durchführung schneller Angriffe *(Szocske)* – also eine Fahrzeugart, die NATO-Sondereinheiten häufig brauchen. Angesichts der geringen Größe des Landes, der durch das Ende des Kalten Krieges hervorgerufenen Sachzwänge und der fortwährenden Forderung nach Friedensdividenden sind diese Erfolge umso beeindruckender.

Neben den rein einzelstaatlichen Potentialen sind auch positive Entwicklungen bei der regionalen Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten festzustellen. Das bisher beste Beispiel ist das tschechisch-ungarische Projekt zur Entwicklung eines neuen unbemannten Flugkörpers – ein Unternehmen, das völlig mit den modernen taktischen Tendenzen in Westeuropa und Nordamerika im Einklang steht.

Vorreiterrolle auf dem Weg zur Integration

Der Bereich, in dem Polen, die Tschechische Republik und Ungarn vielleicht am meisten zu bieten haben, betrifft das Erfordernis, die Stabilität Ost- und Südosteuropas zu fördern. Die weitaus meisten ehemals kommunistischen Staaten sind durch das gemeinsame Ziel verbunden, Mitglieder der NATO und der Europäischen Union zu werden; dies ist die Hauptantriebskraft hinter ihren allmählichen Fortschritten in Richtung auf ein demokratisches und marktwirtschaftliches System und stabilere Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Dadurch erhalten die drei neuen Mitglieder eine recht herausragende Stellung. Ihnen kommt auf dem Weg zur europäischen Integration eine Vorreiterrolle zu. Im Sicherheitssektor haben sie bereits ihr seit langem angestrebtes Ziel erreicht. In wirtschaftlicher und politischer Hinsicht haben sie erreicht, als stabile Staaten anerkannt zu werden, die den Anforderungen einer demokratischen Marktwirtschaft gerecht werden und Auslandsinvestitionen von beträchtlichem Umfang anziehen, so dass sie nun zur Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit der EU eingeladen werden können.

Aber auch sie mussten nach mehreren Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft praktisch am Nullpunkt anfangen. Diese gemeinsame Geschichte, die diese drei Staaten mit anderen Staaten der Region verbindet, ist der Grund dafür, dass sie die besten Voraussetzungen dafür haben, möglichen neuen NATO-Mitgliedern auf dem Weg zur größeren Annäherung an das Bündnis zu helfen; sie kennen den erforderlichen Reformprozess aus eigener Erfahrung.

(v.l.n.r.) Der slowakische Premierminister Mikuláš Dzurinda, sein tschechischer Amtskollege Miloš Zeman, sein ungarischer Amtskollege Viktor Orban und der polnische Premier Jerzy Buzek am 14. Mai 1999 in Preßburg, wo sie das Gipfeltreffen der Visegrad-Staaten zur Förderung der mitteleuropäischen Zusammenarbeit mit einer symbolischen Geste beginnen.

(Foto: Belga)

Die drei neuen Mitglieder können also offensichtlich sowohl auf politischer als auch auf militärischer Ebene einen bedeutenden Beitrag zur Sicherheit des euro-atlantischen Raumes leisten. Als Vorreiter bei den regionalen Bemühungen um solide marktwirtschaftliche Systeme und liberale Demokratien mit glaubwürdigen Verteidigungsdispositiven sind Polen, die Tschechische Republik und Ungarn geradezu dazu prädestiniert, ihren Nachbarn in Osteuropa und auf dem Balkan, die den gleichen Weg nach Europa gehen wollen, die nötige Hilfestellung zu leisten. Diesen Sachverhalt muss sich das neue Bündnis in dem durch den Washingtoner Gipfel geprägten heutigen Sicherheitsumfeld deutlich vor Augen führen und bald zunutze machen, während es weiterhin versucht, die für alle so wichtige Stabilität Europas zu fördern. ■

NATO BRIEF Y 9001 F

Vertriebsadresse: Deutsche Vertriebsgesellschaft
Vertriebsadresse: für Publikationen und Filme mbH
Vertriebsadresse: Birkenmaarstr. 8, 53340 Meckenheim
Vertriebsadresse: Postfach 1149, 53333 Meckenheim

nordatlantikvertragsorganisation

belgien
dänemark
deutschland
frankreich
griechenland
grossbritannien
island
italien
kanada
luxemburg
niederlande
norwegen
polen
portugal
spanien
türkei
tschechische republik
ungarn
usa